

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einpennige Postanweisung Nr. 100000 Berlin, Postamt 10, ist zu verwenden. Die Postanweisung Nr. 100000 Berlin, Postamt 10, ist zu verwenden. Die Postanweisung Nr. 100000 Berlin, Postamt 10, ist zu verwenden.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Verleger: Köhler, 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37300. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Telefont-Gesellschaft, Telephonkassa Lindenstr. 3

Die Entscheidung des Reichsarbeitsministers. Grundsätzliches Festhalten an der Arbeitszeitverordnung. — Aber Nachgeben im Einzelnen.

Die Entscheidung des Arbeitsministeriums über das Inkrafttreten der Dreischichtenverordnung ist gefallen. Formell eine Wahrung seiner Autorität, in der Sache ein teilweises Nachgeben gegenüber den Forderungen der Scharfmacher.

Die Wahrung der Staatsautorität: es hat bei der Durchführung der Verordnung zum 1. Januar 1928 sein Bewenden.

Das Nachgeben gegenüber den Unternehmern: für Werke mit Martinöfen, Elektro- und Ziegelstahlöfen wird auf Antrag Aufschub gewährt. Alle Werke, die bis zum 31. Dezember 1927 Anträge auf Aufschub stellen, erhalten sofort Aufschub bis zum 31. Januar 1928.

Die Unternehmer haben bisher die Dreischichtenverordnung sabotiert. Sie haben nach Aufschub gerufen, weil sie auf die Verordnung gepöfsten haben. Das Arbeitsministerium hofft, daß die Änderungsarbeiten in den Werken, die Aufschub verlangen, spätestens am 1. Februar 1928 aufgenommen werden. Am 1. Januar 1928 sollten sie beendet sein. Die Saboteure haben Zeit gewonnen, und die Arbeiterschaft soll in diesen Werken noch ein Jahr in der Hölle des Zweischichtensystems schuften — abgesehen von den Verzögerungen im Ausbau der internationalen Sozialpolitik, die dieser Zeitgewinn der Unternehmer mit sich bringen kann!

Werden die Werke, die Anträge auf Aufschub stellen, nun wirklich die notwendigen Änderungsarbeiten einleiten, oder werden sie beim Ablauf der Frist ein neues Ultimatum stellen?

Die Antwort des Reichsarbeitsministers schweigt über die Stilllegungsdrohung. Um der Staatsautorität willen hätte ein ernstes und deutliches Wort gesprochen werden müssen — damit nicht die Unternehmer, die Zeitgewinn erpreßt haben, ihre Erpressermethoden wiederholen. Aber konnte der Arbeitsminister des Rechtsblocks dies Wort sprechen?

Für die Schlichtungsverhandlungen enthält die Antwort eine prinzipielle Entscheidung: Achtstundentag in der Schwerindustrie. Auf dieser Basis werden die Gewerkschaften weiter kämpfen.

Die große politische Auseinandersetzung, die durch das Ultimatum der Unternehmer heraufbeschworen worden ist, ist mit dieser Entscheidung des Arbeitsministeriums auf das nächste Jahr, das Wahljahr 1928, vertagt worden.

Die politische Entscheidung wird bei der Reichstagswahl fallen!

Die Entscheidung des Arbeitsministers.

Auf die Eingabe der Großbetriebsindustriellen zur Verordnung über die Arbeitszeit in der Großbetriebsindustrie vom 16. Juli 1927 hat der Reichsarbeitsminister am 12. Dezember wie folgt geantwortet:

„Nach eingehender Prüfung der vorgebrachten Bedenken gegen das Inkrafttreten der Verordnung am 1. Januar 1928 bin ich nicht in der Lage, dem Antrage auf eine Hinausschiebung des Inkrafttretens für die Gesamtheit der durch die Verordnung betroffenen Werke zu entsprechen. Es muß vielmehr bei der Durchführung der Verordnung zum 1. Januar 1928 sein Bewenden haben.“

Ich habe zunächst die von Ihnen betonten Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes und des Wohnungswesens nachprüfen lassen und auf Grund der Berichte der Landesämter für Arbeitsvermittlung festgestellt, daß die Arbeitsvermittlungsschwierigkeiten überwindbar sein werden.

Ungleich ernster als die auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes und des Wohnungswesens liegenden Schwierigkeiten sind die Gründe, allgemein wirtschaftlicher Art, die in Ihrer Eingabe geltend gemacht werden. Aber auch diese können nicht zu einem allgemeinen Aufschub des Inkrafttretens der Verordnung führen.

Insbesondere sehe ich keinen Anlaß, bei den Thomas-Stahlwerken und den ausschließlich oder zu einem erheblichen Teil von ihnen gespeisten Walzenstrahlen, soweit sie die Erzeugnisse der Thomas-Werke in einer Höhe weiterverarbeiten, von der Durchführung der Verordnung zum 1. Januar 1928 abzusehen.

Ein Ausbau dieser Werke ist mit verhältnismäßig geringem Kostenaufwand möglich und könnte bei rechtzeitiger Inangriffnahme am 1. Januar 1928 im wesentlichen beendet sein.

Den genannten Werken wird die Einführung des Dreischichtensystems an Stelle des Zweischichtensystems dadurch wesentlich erleichtert werden, als es nach der Bundesratsverordnung, betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetrieb, nunmehr zulässig sein wird, die sonntägliche Betriebsruhe auf zwölf Stunden zu beschränken. Inwieweit in diesen Werken unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage und ohne Ueberschreitung des notwendigen Ausmaßes von der Sonntagsarbeit tatsächlich Gebrauch zu machen sein wird, muß den Tarif- und Schlichtungsverhandlungen überlassen bleiben.

Ebenso wenig wie bei den Thomas-Werken und den zu ihnen gehörigen warmblechenden Walzenstrahlen kann bei den kalt-einziehenden Walzenstrahlen, gleichviel, ob sie aus Thomas- oder Martinstahlwerken gespeist werden, sowie den Hammer- und Brechwerken eine Hinausschiebung der Verordnung in Betracht kommen, zumal bei dem gegenwärtigen Stande der Technik der lebhafte Umfang der Erzeugung sich in der Regel auch bei achtstündiger Arbeitszeit aufrechterhalten lassen wird, wenn unter Anwendung der in der Arbeitsverordnung vorgesehenen Möglichkeiten zweischichtig gearbeitet wird.

Anders liegen die Verhältnisse bei denjenigen Werken, die zu einer grundlegenden Betriebsumstellung durch Umbau ihrer Martinöfen, Elektro- oder Ziegelstahlöfen schreiten müssen, für die größere Kostenaufwendungen und längere Bauzeiten erforderlich sind.

Ich bin bereit, für diese Stahlwerke und die von ihnen in einer Höhe gespeisten Walzwerke, soweit sie nicht wegen gleichzeitiger Beseitigung durch die Thomas-Werke diesen zuzurechnen sind, einen Aufschub in dem unbedingt erforderlichen Maß zu bewilligen.

Ich setze dabei voraus, daß die Änderungsarbeiten bereits in Angriff genommen oder doch so weit vorbereitet sind, daß sie spätestens am 1. Februar 1928 aufgenommen sein werden und daß ihre Vorföhren mit allen Kräften betrieben wird, um sie, wenn irgendmöglich, noch vor dem Beginn der sommerlichen Hitze des Jahres 1928 zu erreichen. Die Gewerbeaufsichtsbeamten werden

angewiesen werden, die Inangriffnahme und den Fortgang der Umstellungsarbeiten zu überwachen.

Keinesfalls könnte ein Aufschub über das Jahr 1928 hinaus in Frage kommen.

Betriebe, die von dieser Ausnahme Gebrauch machen wollen, haben ihre Anträge unter eingehender Darlegung der Verhältnisse sobald dem zuständigen Gewerbeaufsichtsamt einzureichen. Dabei ist insbesondere auch anzugeben, in welchem Umfang ein Umbau geplant ist, ob die Umbauten bereits begonnen sind oder, falls dies noch nicht der Fall ist, zu welchem Zeitpunkt die Inangriffnahme erfolgen soll, welche Produktionssteigerung und im Zusammenhang damit, welche Erparung von Arbeitern aus dem Umbau zu erwarten ist und bis zu welchem Zeitpunkt der Umbau bei äußerster Beschleunigung durchgeführt sein wird. Die Gewerbeaufsichtsbeamten werden die Anträge nach Prüfung und Begutachtung durch Vermittlung ihrer Landesregierungen dem Reichsarbeitsministerium zur Entscheidung zuleiten.

Hiernach wird mit einer größeren Anzahl von Anträgen, insbesondere für die Martinstahlwerke, zu rechnen sein. Da ich auf eine eingehende Prüfung der Verhältnisse in jedem Einzelfall Wert lege, wird die Entscheidung kaum so rechtzeitig erfolgen können, daß ihre Durchführung vom 1. Januar 1928 ab den Betrieben zugunsten werden kann.

Ich sehe mich daher genötigt, für diejenigen Martin-, Elektro- und Ziegelstahlwerke einschließlich der zugehörigen Walzwerke, für die bis zum 31. Dezember 1927 Anträge auf Hinausschiebung des Inkrafttretens bei den Gewerbeaufsichtsbeamten eingegangen sind, schon jetzt einen Aufschub von einem Monat zu bewilligen.

Ob und in welchem Umfang dieser Aufschub über den 31. Januar 1928 hinaus verlängert werden muß, wird dann in der Entscheidung über die einzelnen Anträge festgelegt werden.

Dieser Bescheid verhilft den Parteien und dem Schlichter die nötige Klarheit über den am 1. Januar 1928 eintretenden Rechtszustand und ermöglicht damit die schnelle Beendigung des anhängigen Schlichtungsverfahrens.“

Die Gutsbezirke verschwinden!

Ein Erfolg der preussischen Regierung. — Zusammenbruch der Obstruktion der Rechten im Landtag.

Die preussische Regierung hat gestern im Landtag einen bedeutenden Erfolg erzielt: das Gesetz über die Aufhebung der Gutsbezirke ist in dritter Lesung angenommen worden.

In den nächsten drei Monaten wird die große Mehrheit der 12 900 Gutsbezirke in Preußen aufgehoben werden. Die Einwohner der Gutsbezirke, mehrere hunderttausend Männer und Frauen, erhalten damit zum ersten Male das Gemeindewahlrecht. Sie werden es schon bei den nächsten Gemeindewahlen im Frühjahr 1928 ausüben können.

Ein Stück Mittelalter, das die Revolution aus Versehen stehen gelassen hat, ist damit endgültig beseitigt. Die Gutsbesitzer werden nicht mehr kraft ihrer Herrenstellung automatisch Schutzherrn, Polizeierwalter und Wahlvorsteher sein, die Entrechtung der Einwohner der Gutsbezirke ist zu Ende.

Das Gesetz wurde beschlossen gegen die Obstruktion der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, die bis zuletzt für die politische Vormachtstellung der Gutsbesitzer kämpften. Noch zu Beginn der Sitzung hatte der Volksparteier Stödel prahlerisch ausgerufen: „Wir werden schon sehen, wer den längeren Atem hat!“ — Dann kam der große Zusammenbruch! Traurig wie ein Lohgerber, dem die Felle weggeschwommen sind, sprach der deutschnationale Wortführer Freiherr v. Mirbach als erster Sach seiner Rede die bedeutsamen Worte:

„Nachdem die Kommunisten von uns abgefallen sind, ist leider unsere Obstruktion aussichtslos geworden.“

Und in verbissener Wut fügte der Volksparteier Freiherr v. Egnern hinzu:

„Lösen Sie nur die Gutsbezirke auf! Machen Sie Ihr Gesetz mit den Kommunisten fertig! Wir verzichten auf jeden weiteren Widerstand!“

So kam es — das demokratische Gemeindewahlrecht auf dem Lande wird endlich durchgeführt.

Auf der Tagesordnung der Montagssitzung des Landtages steht als erster Punkt der Ausbau des Stettiner Hoizens, als zweiter Gegenstand ein kleines Aufwärmgesetz über Pachtzinsen in Ostpreußen, als dritter Punkt die zweite Lesung der Beamtenbeförderung und als vierter Punkt die Neuregelung der Gemeindevorfassung (Aufhebung der Gutsbezirke).

Abg. Leinert (Soz.) beantragte, die zweite Lesung der Beamtenbeförderung heute abzulehnen; die sozialdemokratische Fraktion legt großen Wert darauf, daß die Vorlage über Aufhebung der Gutsbezirke noch in dieser Woche Gesetz werde.

Abg. Ebersbach (Dnat.) protestiert gegen die Zurücklegung der Beamtenbeförderung. Die Beamten warten jetzt lange genug auf die Zulagen. Ihre schleunigste Bewilligung sei eine sozialpolitische Pflicht. Aber die Regierungsparteien wollten statt dessen reine Parteipolitik treiben. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. von Campe (D. Sp.) und Abg. Körner (Dnt.) schließen sich diesem Widerspruch an.

Abg. Leinert (Soz.):

Die Bemerken des Abg. Ebersbach gegen uns sind sämtlich wider besseres Wissen erhoben. Kein einziger Beamter erhält einen Pfennig weniger oder später, wenn wir die Beamtenbeförderung erst morgen beraten; denn die Auszahlung vor Weihnachten hat ja bereits der Hauptausschuß angeordnet. Im übrigen sind es immer die Rechtsparteien gewesen, die verlangen haben, daß wir auf den Reichstag warten sollten. Jetzt auf einmal wollen sie vorpreschen, nicht um den Beamten etwas zukommen zu lassen, sondern lediglich um die Obstruktion gegen die Aufhebung der Gutsbezirke weiterzuführen. (Geheißer Beifall links.)

Mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Kommunisten wird beschlossen, die zweite Lesung der Beförderungsvorlage heute von der Tagesordnung abzuheben.

Abg. Bartel (Dem.) beantragt, den Beschluß des Hauptausschusses betreffend Auszahlung der erhöhten Gehälter an die Beamten vor Weihnachten ohne Aussprache auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

Da nicht widersprochen wird, wird demgemäß verfahren und der Antrag des Hauptausschusses auf Auszahlung der erhöhten Gehälter vor Weihnachten einstimmig angenommen.

Es folgt die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes über den Ausbau des Stettiner Hafens.

Abg. Frau Rook (Nat.) hält eine einstündige Obstruktion über die Verkehrsverhältnisse und Wirtschaftsinteressen der Stadt Stettin.

Die Auflösung der Gutsbezirke.

Es folgt die zweite Lesung der Vorschriften über Änderung der Gemeindeverfassung (Auflösung der Gutsbezirke.)

Berichterstatter des Ausschusses ist Abg. Kleinmeyer (Soz.).

Abg. Haas (Soz.) beantragt zur Geschäftsordnung, für die Besprechung die Paragrafen der Vorlage in zwei Kapitel zusammenzufassen. Erstens Auflösung der Gutsbezirke und Erleichterung der Eingemeindungen, zweitens Bestimmungen über die Wahl (statt bisher Ernennung) rheinischer Bürgermeister und Amtsvorsteher.

Abg. Freiherr von Mirbach (Nat.) beantragt bei § 1 eine allgemeine Aussprache zuzulassen.

Abg. Haas (Soz.) debattiert über die Auflösung der Gutsbezirke. Seit acht Jahren. Wir brauchen keine allgemeine Debatte mehr, sondern eine Tat (Rebhafter Beifall bei den Soz.)

Der Antrag Freiherr von Mirbach wird mit den Stimmen der Regierungspartei und der Kommunisten abgelehnt, der Antrag Haas mit derselben Mehrheit angenommen.

Abg. Freiherr von Mirbach nimmt als Sprecher der Deutschnationalen das Wort. Er erklärt:

Leider ist unsere Obstruktion durch den Abfall der Kommunisten aussichtslos geworden. (Stürmische Geisichter bei den Rebhafterpartei.)

Wir bedauern die Vereinbarung, die zwischen den Regierungspartei und den Kommunisten getroffen zu sein scheint. Unsere sachlichen Einwendungen haben danach leider keine Aussicht mehr auf Berücksichtigung.

Abg. Dr. von Cramer (D. Vp.): Sie machen ein schlechtes Gesetz. Aber man kann nicht mit Vernunftgründen gegen politische Leidenschaft ankämpfen. Die Auflösung der Gutsbezirke hätte langsam und ordnungsmäßig nach dem bisherigen Recht erfolgen können.

Abg. Schwenk (Komm.): Der Gesetzentwurf trägt den Stempel des Kompromisses auf der Stirn. Wir verlangen, daß die Gutsbezirke binnen drei Monate verschwinden.

Ministerialdirektor von Lepden:

Eine solche Bestimmung im Gesetz wäre ganz zwecklos. Denn wenn das Auflösungsverfahren für einen Gutsbezirk innerhalb dreier Monate nicht beendet wäre, bliebe er eben Gutsbezirk, auch wenn im Gesetz stünde, daß es nach drei Monaten keine Gutsbezirke mehr gibt. Ich habe aber im Auftrage des Herrn Ministers des Innern zu erklären, daß er innerhalb dieser Frist von drei Monaten die große Mehrzahl der Gutsbezirke zur Auflösung bringen wird. (Rebhafter Beifall links.)

Abg. Kirsch (Nat.): Werden auch die staatlichen, insbesondere die forstwirtschaftlichen Gutsbezirke aufgelöst?

Ministerialdirektor von Lepden: Das Gesetz macht zwischen staatlichen und privaten Gutsbezirken keinen Unterschied.

Damit schließt die Debatte.

Unter Ablehnung sämtlicher Abänderungsanträge werden die einzelnen Paragraphen der Vorlage von Regierungspartei und Kommunisten angenommen und die Gesamtvorlage dann en bloc in dritter Lesung angenommen. (Stürmische Beifallstundgebungen links.)

Der Gesetzentwurf über Errichtung einer Landesrentenbank wird in zweiter und dritter Lesung debattelos beschlossen.

Achtstundentag für Eisenindustrie!

Es folgt die Beratung des kommunistischen Antrages auf Durchführung des Achtstundentages für Hütten- und Walzwerksarbeiter ab 1. Januar 1928.

Abg. Sobotta (Komm.): Die Stilllegungsdrohung der Schwerindustrie ist ein Mordanschlag des internationalen Kapitals auf die deutsche Arbeiterschaft. Die Bilanz von Krupp beweist, daß die Schwerindustrie in ihren Ueberschüssen geradezu erstickt. Die Löhne der Metallarbeiter sind trotz der gewaltigen Steigerung der Produktion nicht gestiegen. Die freien Gewerkschaften sollten endlich aufhören zu verhandeln und statt dessen kämpfen. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Abg. Szilut (Soz.):

Seit Jahren wird von den bürgerlichen Parteien gegen die Gewerkschaften der Vorwurf erhoben, daß sie neben die Staatsregierung eine Regierung der Gewerkschaften stellen wollten. Die letzte Kriegsandrohung der deutschen Unternehmerschaft gegen die Verordnung des Reichsarbeitsministers betreffend Durchführung des Achtstundentages im Hütten- und Walzwerksbetrieb zeigt, wo wirklich das Bestreben auf Errichtung einer Reberregierung besteht. Die Drohung der Unternehmer, die gesamte Schwerindustrie stillzulegen, ist verantwortungslos gegenüber der gesamten deutschen Wirtschaft. Es ist geradezu erstaunlich, woher die Männer des Kapitals, die so viel von Verantwortungsbewußtsein reden, und es selten betätigen, den Mut zu einer solchen Drohung nehmen. (Sehr laut links.) Die Forderungen der deutschen Gewerkschaften sind unter voller Berücksichtigung der wirtschaftlichen Möglichkeiten sehr bescheiden aufgestellt, wie es bei der vorstehenden Führung der deutschen Gewerkschaften ja wohl niemand anders erwartet hat.

Daß die Lohnforderungen der Gewerkschaften nicht unerfüllbar sind, beweisen allein schon die riesigen Mittel, die die Schwerindustrie für ihre Kriegsstärke bereitgestellt hat. Der Reichsarbeitsminister hat die Pflicht, in diesem Kampf um die Oberherrschaft des Staates festzuhalten, und auch der Landtag sollte in diesem Sinne auf ihn einwirken, damit das Inkrafttreten seiner Verordnung am 1. Januar 1928 in möglichst vollem Umfange erfolgt. Wir den Kommunisten sich jetzt über tatsächliche Fragen auseinanderzusetzen, wäre müßig.

Wenn die Arbeiterklasse im Kampf steht, sollte auch die kommunistische Kritik einmal schweigen.

Der Reichstag wird die Aufgabe haben, der Reichsregierung den Rücken zu stärken und dem Unternehmertum klar zu machen, daß in der deutschen Republik noch immer die Reichsregierung herrscht und nicht ein nackter, brutaler Unternehmerville. (Rebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Hartmann (Dem.) schließt sich diesen Darlegungen an.

Abg. Lindner (Nat.): Der Achtstundentag erscheint uns als eine höchst zweifelhafte Errungenschaft der Revolution. Auch die Arbeiterschaft muß bereit sein, Opfer zu bringen. Zweifellos ist der Achtstundentag für Hütten- und Walzwerksarbeiter ein erstrebenswertes Ziel, aber wir bezweifeln, daß er am 1. Januar 1928 durchgeführt werden kann. Ohne Profit raucht eben noch Bebel kein Schornstein. Hoffentlich wird die Stilllegungsdrohung nicht durchgeführt. (Bravo! rechts, Unruhe links.)

Damit schließt die Debatte.

Nach einem Schlußwort des Abg. Märker (Komm.) wird der Antrag mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten angenommen, da die anderen Parteien schwach vertreten sind.

Nächste Sitzung Dienstag, 12 Uhr: Zweite Lesung der Beamtenbesoldungsvorlage; Kleinere Gesetze.

Keine Almosen, sondern Recht!

Das Steuerunrecht des Bürgerblocks.

Der Gesetzentwurf über die Lohnsteuer ist am Montag im Reichstag nach einer Rede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler in erster Lesung beraten und dem Steueraus-schuss überlesen worden. Die Köhlersche Rede bot nur in einem Punkt etwas Neues. Köhler stellte nämlich die Behauptung auf, daß den sozialdemokratischen Ministern der Länder die Vorlage der Reichsregierung viel zu weit gegangen sei, während sie von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion heftig als unzulässig kritisiert werde. Die sozialdemokratischen Länderminister würden also eine ganz andere Meinung vertreten als ihre Gesinnungsfreunde im Reichstag.

Schon häufig hat die verschiedenartige Zusammenlegung der Regierungen der Länder in der Deffektivität den Eindruck hervorgerufen, daß Länderminister im Gegensatz zu ihren Parlamentsfraktionen standen. Wenn man sich jedoch die Tatsache vergegenwärtigt, daß keine Partei in irgendeiner Regierung allein eine Mehrheit hat, so kam man doch zu dem Ergebnis, man könne die Haltung einer einzelnen Parlamentsfraktion nicht zum Maßstab nehmen für die Entscheidung einer aus mehreren Parteien gebildeten Länderregierung. Es blieb Herrn Dr. Köhler vorbehalten, sich dieser Einsicht völlig zu verschließen.

Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion, der durch seine Sachkenntnis in allen Fragen der Lohnsteuer auf allen Seiten des Reichstags als Fachmann anerkannte Genosse Dr. Herx, hat es deshalb auch an einer deutlichen Antwort gegenüber Herrn Köhler nicht fehlen lassen. Herr Köhler hat nämlich behauptet, die Behauptung, die er mit seinen dunklen Andeutungen aufstellte, daß die sozialdemokratischen Mitglieder der preussischen Regierung gegen den Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Lohnsteuerfrage sind, ist nämlich absolut falsch. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion weiß, daß die beiden sozialdemokratischen Minister im preussischen Kabinett mit ihr durchaus einig sind in der Durchführung der Log Brüning, und sie hat keinen Zweifel daran, daß sie diese Auffassung auch innerhalb des preussischen Kabinetts vertreten haben.

Wir glauben auch das Recht zu der Annahme zu haben, daß Herr Dr. Köhler das weiß. Wenn das preussische Kabinett eine andere Haltung eingenommen hat, so dürfte das einfach auf der Tatsache beruhen, daß die Sozialdemokraten dort wie auch in allen anderen Länderregierungen eine Minderheit darstellen. Bedenkt man ferner, daß Instruktionen an die Reichsratsmitglieder fast in allen Fällen nur von den Ressortministern ausgehen und nicht vom Gesamtkabinett, so wird man in dem versteckten Hinweis von Herrn Köhler nur ein armseliges Agitationsmanöver erblicken können.

Es ist bedauerlich, daß Herrn Dr. Köhler im Kampf gegen den sozialdemokratischen Lohnsteuerantrag keine besseren Argumente zur Verfügung stehen. Aber es gibt eben keine sachlichen Argumente, die klarmachen können, daß die Log Brüning erfüllt wird, wenn der Regierungsvorschlag in jeder Beziehung von ihr abgewiehl. Und das ist in der Tat das Entscheidende. Die Log Brüning beschränkt den Lohnsteuerertrag auf 1200 Millionen und sieht für den Fall der Senkung der Lohnsteuer in erster Linie eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums vor. Der Vorschlag der Reichsregierung aber will den Ertrag auf mindestens 1300 Millionen hinaufstreben und statt der Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums eine geringfügige Senkung des Steuerfußes vornehmen. Die Vorschläge der Reichsregierung bleiben also ebenso hinter dem Rechtsanspruch der Lohnsteuerzahler zurück wie die Vorschläge des Reichsrats. Sie wollen beide den Lohnsteuerzahlern ein Almosen geben und keine Erfüllung ihrer Rechtsansprüche.

So sieht die steuerliche Gerechtigkeit des Reichsblocks aus!

Im übrigen wurde es im Reichstag viel beachtet, daß die Regierungspartei die Verteidigung des Herrn Dr. Köhler dem deutschnationalen Bebel überließ, daß aber Herr Dr. Brüning, Dr. Köhlers Parteigenosse, sich in Schweigen hüllte. Auch in der Zentrumsfraktion ist — das kann man nach dieser Tatsache wohl annehmen — man nicht gerade sehr entzückt davon, daß Herr Dr. Brüning die Log Brüning nicht ausführt und so neuen Erregungstoff in die eigenen Anhänger hineinschleudert.

Sozialdemokratische Regierung!

Die Braunschweiger Sozialdemokratie stellt alle Minister.

Braunschweig, 12. Dezember. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion des Braunschweiger Landtags hat am Montag zur Regierungsbildung Stellung genommen und beschlossen, alle drei Regierungsmittelglieder aus den eigenen Reihen zu stellen. Eine andere Fraktion wird infolgedessen nicht an der Regierungsbildung beteiligt werden.

Es bleibt nur den Kommunisten, die in den letzten Tagen in ihrer Presse und ebenso in einem Schreiben an den Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei die Unterfütterung einer rein sozialistischen Regierung zugesichert haben, überlassen, diese Regierung zu unterstützen. Vorgeschlagen werden als Minister die Abg. Rechtsanwalt Dr. Jasper, Steinbrecher und Sievers.

Der Landtag wird am Dienstagmorgen zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. In dieser Sitzung wird

das bisherige Ministerium seine Ämter zur Verfügung stellen. Die Wahl der Minister wird am Mittwoch erfolgen.

Aus der preussischen Verwaltung.

Wie wir hören, hat der preussische Minister des Innern zum Landrat in Franzburg (Pommern) den früheren braunschweigischen Staatsminister Rönneburg, demokratisches Mitglied des Reichstags, in Aussicht genommen.

Zum Landrat in Hohenwerder (Schlesien) ist der Amtsvorsteher Saling aus Rops bei Görlitz, jetzt Bürgermeister von Poyzig, vorgeschlagen.

Zum Polizeipräsidenten von Hagen dürfte der Gemeindeführer Schödel, zuletzt im Bureau des Reichskommissars Mehlisch in Dortmund, ernannt werden.

Schödel und Saling gehören der Sozialdemokratischen Partei an.

Zür Keudell — gegen Demokratie!

Staatspolitische Weisheiten der Deutschnationalen.

Der preussische Landtagsabgeordnete Steinhoff, einer der äbsten nationalistischen Phrasendrescher, veranstaltet für die Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei in den westlichen Berliner Vororten „Staatspolitische Abende“. Was man in diesen Kreisen unter „Staatspolitik“ versteht, zeigt das Thema eines für Wilmersdorf angezeigten Abends, das lautet:

Für Hindenburg — gegen Parlamentarismus!

Für Keudell — gegen Demokratie!

Für Volkswohlfahrt — gegen Dames!

Drei Titel — drei Schlager. Hindenburg hat den Eid auf die parlamentarische Verfassung geleistet und weist jede Anzweiflung seiner Aufrichtigkeit mit Entrüstung zurück; Herr v. Keudell hat sich als Reichsinnenminister ausdrücklich zum Schutz der Demokratie verpflichtet (Mittellinien!), und der Dames-Plan ist bekanntlich von den Deutschnationalen im Austausch gegen Ministerposten angenommen worden! Wie mögen die geistig Winderbemittelten ausschauen, die auf Herrn Steinhoffs Parolen schwören, ohne zu ahnen, daß die wirkliche „Staatspolitik“ der Deutschnationalen just den entgegengesetzten Pfad mandelt!

Ein Steuerhinterziehungsskandal.

Mainz, 12. Dezember. (U.)

Unter der Ueberschrift „Eine aufsehenerregende Steuerhinterziehung in Hessen“ schreibt das „Mainzer Journal“: Die Testamentvollstrecker des vor einigen Jahren verstorbenen Großindustriellen und nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Erzengel Cornelius Freiherr von Hehl zu Herrnsheim, die Herren Syndikus Ludwig Lahm, Direktor Gehner und der ehemalige Finanzminister und Reichswirtschaftsminister a. D. Erzengel Dr. Becker-Hessen (Mitglied der Reichstagsfraktion der Volkspartei) stehen in dem dringenden Verdacht, sich einer großen Steuerhinterziehung zum Nachteil des Reiches und heftigen Volkswohls schuldig gemacht zu haben. Die Steuerhinterziehung gebe, wie das „Mainzer Journal“ aus zuverlässiger nichtamtlicher Quelle erfahren haben will, in die Millionen Reichsmark. Die zuständigen Finanzbehörden hätten sich schon seit längerer Zeit mit der Angelegenheit beschäftigt. Es solle auf, daß die im Verdacht stehenden

Herrn erst vor kurzem sich dazu bequemen, bei einer sehr hohen Finanzbehörde ein Geständnis abzulegen, das offenbar den Zweck haben sollte, sich den Schutz der Straflosigkeit auf Grund der bekannten Bestimmung der Reichsabgabordnung zu sichern. Ob dieser Zweck jetzt noch erreicht werden wird, müsse der weitere Gang des Verfahrens lehren.

Keine Anglistörung in Genf!

Deutsch-chinesischer Briefwechsel.

Genf, 12. Dezember. (Eigenbericht.)

Die französische Rechtsprelle hatte in völliger Uebereinstimmung mit der deutschen Hugenberg-Presse gemeldet, daß die Verständigung in dem polnisch-litauischen Konflikt erst durch die Anwesenheit Biljundzki herbeigeführt worden sei. Aus diesem Anlaß hat Reichsaussenminister Dr. Strejemann an den Präsidenten des Völkerbundes ein Schreiben gerichtet, in dem er der von den Nationalisten aller Länder aus bestimmten Gründen kolportierten Auffassung „im Interesse des Prestiges des Völkerbundes“ entgegentritt. Der Briefwechsel stellt fest, daß nicht erst in letzter Stunde die polnisch-litauische Einigung mähfam zustande gekommen sei; über die Grundlagen der am Sonnabend glücklich erfolgten Lösung seien sich die Ratmitglieder von Anfang an einig gewesen.

Mexiko-Bürgermeister ist Gewerkschafter

Ein Bande gesprengt — 25 „Generäle“ erschossen.

Mexiko-City, 12. Dezember. (Eigenbericht.)

Im mexikanischen Staat Jalisco erfolgte neuerdings wieder ein ernsthafter Zusammenstoß zwischen dem Bundesmiliz und einer 600 Mann starken Rebellenbande. Die Aufständischen wurden nach schweren Verlusten — sie büßten 100 Tote ein — zerstreut.

Im Zusammenhang mit diesem Vorkommnis stellt die Regierung gegenüber Falschmeldungen der amerikanischen Presse fest, daß die bisherige Gesamtziffer der anlässlich der letzten Aufstände säkilierten Generäle 26 beträgt.

Der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes von Mexiko-Stadt wurde zum Oberbürgermeister von Mexiko-City gewählt.

Schieß doch! Schieß doch!

Vater, Sohn — und Mutter im Arensdorfer Prozeß. — Verhaftung des Vaters abgelehnt.

F. Kl. Frankfurt a. d. O., 12. Dezember.

Die beiden Angeklagten, die eigentlich den Mittelpunkt dieser Tatbestandsverhandlungen bilden sollten, sind zeitweilig ganz in den Hintergrund gedrängt. Das Interesse wendet sich den Reichsbannerleuten zu, die als Zeugen, zurzeit auch als Nebenkläger genommen werden. Ernste erfahrene Männer stehen neben jugendlichen Drängern. Aber weicht ein Gegensatz des äußeren Eindrucks zwischen diesen Vertretern des republikanischen Staatsgedankens und den engstirnigen Helden des monarchistisch-faschistischen Stahlhelms. Hier Frische, Fröhlichkeit, Zuversicht zur eigenen Sache, dort die mit Weisheitschwäche paradiesernde Raffinerie hier zwar „berlinernde“, aber im Ausdruck klare und präzise Sprache und angetan mit den Farben des neuen Reiches, dort die lässig näselnde, mit Einseitigkeit prunelnde Verschlagenheit einer Welt, die ihre Herrschaft verlinken sah.

Der alte Schmelzer, der Angeklagte, ist nicht nur Mitglied des Stahlhelms, sondern auch des Landbundes und — der deutsch-nötkischen Freiheitsbewegung. Wenn einige unbewaffnete jugendliche Reichsbannerleute durch das Dorf zogen, um einen nationalsozialistischen Burschen zu haken, der ihren Kameraden überfiel und mißhandelte, so stellt sich dieser Ehrenbold mit einer Heu- und Dunggabel ihnen entgegen und an die Spitze der ländlichen Verfolger-schar. Seine Frau aber putzt ihren Sohn, der gern den „Jagd-schein“ der Unzurechnungsfähigkeit in Anspruch nehmen möchte, durch Jure auf, ein Gleiches zu tun: „Du willst ein Stahlhelmmann sein?“ ruft sie dem Schwankenden zu, und als ihn die eigene Mutter beim Stahlhelmpotte packt, rennt er ins Haus, sucht den Söbel unter einem Sofa hervor, eilt auf die Straße und schlägt blindlings auf einen Zwanzigjährigen los, während gleichzeitig der Vater dem Jüngling die Forke vorhält, damit er nicht entweichen kann. Schließlich holt der jüngere Schmelzer das Gewehr, das er gleichfalls erst suchen muß, und die Munition und schießt dann einmal, zweimal, dreimal, viermal ohne Rücksicht auf die Opfer, die dabei fallen können, und niemand ist da, der ihm in den Weg tritt, vor allem nicht der eigene Vater, der mit der Dunggabel in der Faust daneben steht!

Das ist Stahlhelmkultur, wie sie sich aus der bisherigen Verhandlung mit vollster Klarheit herauschält.

Der Sohn, dieser Vater und diese Mutter haben zwei Menschen auf dem Gewissen. Weder beim Vater noch beim Sohn ein Wort des Bedauerns über die Tat, noch über die Opfer der Tat! Gleichmäßig wiederholt der Mörder mit dem angeblich schwachen Geiste, aber mit der festen Befinnung des schwarzweißen Stahlhelms: Ich geriet außer mir! Bravo gelernt, um auf die Geschworenen Eindruck zu machen. Aber da fuhr ihm die Enthüllung seines Raffinesse dazwischen, jener Raffinesse der Eltern, der ein gerüttelt Maß geschäftiger Schlauchheit an den Tag legt. Diese Enthüllung zwang sogar den Vater offenerherziger zu sein, als er vielleicht wollte, und mehr zu sagen, als es dem „Geisteszustand“ seines Sohnes dienlich schien. Er mußte zugeben, daß sich der Sohn die Waffe — erst den Söbel, später das Gewehr und die Munition — erst habe suchen müssen, und daß er dabei einen außerordentlichen Scharfsinn entwickelt hat, liegt auf der Hand. Mit dem § 51 ist es also zunächst nichts...

Die politischen Hintergründe der Vorgänge aufzuklären, wird allerdings schwer genug gemacht. Den Antrag der beiden Nebenkläger, den Stahlhelmlührer Wittenstein zu vernehmen, hat das Gericht immer noch zurückgestellt. Dadurch ist es dem nötkischen Jüngling möglich gemacht, als Zuhörer der Verhandlung beizuwohnen und in den Pausen mit dem Verteidiger Paul Bloch zu konferieren, der ja als Anwalt in allen Beme- und Putschprozessen einige Erfahrungen gesammelt hat.

Der Schluss der heutigen Sitzung brachte noch eine Sensation. Rechtsanwalt Julliusberger beantragte unter Hinweis auf die Raffinesse der Zeugenbeeinflussung durch den älteren Schmelzer dessen Verhaftung, um weitere Verstandigungs-möglichkeiten zwischen Vater und Sohn ebenso zu unterbinden wie weitere Zeugenbeeinflussungen. Ueberraschenderweise sprach sich der Oberstaatsanwalt gegen diesen Antrag aus mit der noch überreichen Begründung, er halte die heutige Aussage des Vaters Schmelzer für glaubhaft und deshalb eine neue Verdunkelungsgefahr nicht mehr für vorliegend. Das Gericht folgte seiner Anregung und lehnte den Antrag ab.

Wollte man aus dieser Ablehnung etwa Schlussfolgerungen auf die weitere Haltung des Gerichtes ziehen, würden Staatsanwalt und Richter das wahrscheinlich für unzulässig halten.

Nach der Pause trat das Gericht in die Zeugenvernehmung der Nebenkläger ein. Der erste ist der 22jährige Kopfleger Frh. Bölscher aus Berlin, einer der circa 35 Insassen des Lastautos, auf dem die Reichsbannerleute am Gautreffen nach Frankfurt fuhren.

Bölscher: Waren Sie schon vorher irgendwo aufmerksam auf Arensdorf gemacht worden?

Zeuge: Nein, ich konnte das Dorf gar nicht. Wir kamen abends um 10 Uhr durch. In einiger Entfernung hinter uns fuhr einer unserer Leute auf dem Rad. Bei der Wegbiegung kamen uns zwei Radfahrer entgegen, einer mit einem Knäppel, der andere mit der Armbinde, so daß ich noch sagte: „Seht mal den Stahlhelm an mit der roten Armbinde.“

Wichtig war unser Radfahrer verschwunden. Wir hörten seine Hülse und rannten sofort hin. Er war von den beiden niedergeschlagen worden, die schleunigst die Flucht ergriffen, als wir ankamen.

Den einen kriegten wir bald zu fassen. Er bekam eine anständige Ohrleige, vielleicht auch noch eine, rief dann aber aus, fiel auch wieder mal hin und rannte schließlich weg. Wir haben ihn wieder mit Gummiknüppeln, noch mit Schlagringen sondern mit der bloßen Hand geschlagen. Das Rad ließ er im Stich und wir wollten es nach Frankfurt zur Polizei mitnehmen, damit er es sich dort abholen könne.

Mit einem Male hörten wir aus dem Schmelzerschen Gehöft den Ruf: „Sensen raus.“ Da kamen auch schon die Leute heran, vorwiegend die beiden Schmelzer, der Alte mit der Sense in der Hand. Ein Reichsbannerkamerad wurde an der Hand verletzt, und im nächsten Augenblick schlug ein Stein auf uns ein. Mein Kamerad Busch kriegte gleich ein ordentliches Ding ins Arz.“ Nun wollten wir wieder zurück zum Auto.

Der alte Schmelzer, den ich heute morgen gleich wiedererkannt habe, rief seinem Sohn zu: „Schieß doch!“

während andere ihm das Gewehr wegnehmen wollten. Als wir weiter in der Richtung auf das Auto gingen, fiel plötzlich ein Schuß. Neben mir schrie einer aus: „Au, ich bin getroffen.“ Ich drehte mich um und sah gerade, wie Schmelzer sofort wieder anlegte. Der zweite Schuß ging aus circa 100 Meter Ent-



Der Verteidiger: „Ein Wehrwolf ist, wie schon der Name sagt, ein harmlos-friedliches Geschöpf...“

fernung in den Wagen hinein, der gleich darauf anfuhr. Der dritte Schuß trachte wieder in uns hinein, und unsere Leute schrien auf. Es war gräßlich mitanzuhören. Dann trachte der vierte Schuß. Da wurde ich auch getroffen und dachte, nun bin ich fertig. Das Auto fuhr rasch weiter, wir schrien vor Schmerz, und bald hinter Arensdorf fuhr ein Auto mit Muff an uns vorbei. Diese Kameraden hatten nicht bemerkt, was passiert war.

Der Vorsitzende suchte dann durch weitere Fragen die Einzelheiten näher zu klären. Der Zeuge gab dabei die Möglichkeit zu, daß Bente auch ein paar Schritte bekommen hat. Der Kameradschaftsführer habe aber bald eingegriffen und erklärt, sie sollten keinen Quatsch machen. Als August Schmelzer dann mit dem Gewehr aufgelaufen sei, hätten einige Dorfbewohner sich bemüht, ihm die Waffe abzunehmen, nicht aber sein Vater, vielmehr sei aus der Richtung, wo der Vater gestanden habe, der Ruf gekommen: „Schieß doch, schieß doch!“ Dann aus einer Entfernung von 100 bis 110 Meter seien die Schüsse abgegeben worden, und zwar habe Schmelzer dabei ganz ruhig gestanden. Vorl.: Der Anzeigende sagt, er hätte aus 30 Meter Entfernung geschossen. Zeuge (abwehrend):

„Um Gotteswillen, dann wären wir ja alle tot gewesen.“

Ich selbst bekam einen Halsstich durch Sähen und Junga hindurch und einen Rückenstich. Ich lag 18 Wochen krank. Es geht mir auch jetzt noch nicht besonders gut.

Der nächste Zeuge, der 37jährige Krankenhaustenngestellte Hans Pohl aus Berlin, war Fahnenführer der Ortsgruppe Erkner und war einer der letzten, der das Auto verlassen hat, als der Zwischenfall begann. Vorl.: Hatten Sie auch rote Fahnen im Auto? Zeuge: Nein. Der Bogen war schwarzrotgold lackiert, denn wir fuhren ja zu einer Reichsbannerkundgebung. Als ich auf die Dorfstraße kam, sagte unser Führer gerade, die Sache wäre erledigt, wir sollten zum Auto zurückkehren. Wir bildeten noch eine Kette, um unsere aufgeregten Kameraden zurückzubringen, als der erste Schuß fiel, von dem ich nicht weiß, ob er jemand getroffen hat. Beim zweiten Schuß fühlte ich einen Stich gegen meinen Unterschenkel, dachte aber, daß meine Lederamasche mich geschützt hätte. Erst auf dem Auto fühlte ich Beschwerden. Während das Auto anfuhr, trachte der dritte und vierte Schuß. Der Zeuge legt dem Gericht seine Lederamaschen vor, in denen sich von dem einen Schuß vier Treffer befanden. Er hat acht Wochen gelegen, drei Wunden sind gut verheilt, nur die letzte, bei der die Schrotkugel das Bein hinunter ins Gelenk gegangen sei, mache ihm noch Beschwerden.

Der 33jährige Expedient Erich Lübbe, Berlin-Neukölln, schildert den Vorgang ähnlich. Bei diesem Zeugen befindet sich die Kugel noch in der Wunde, so daß sein Arm noch nicht gebrauchsfähig ist.

Auch der 19jährige Schuhmacher Kurt Kleck aus Erkner war erst später hinzugekommen. Nach seiner Darstellung fiel der erste Schuß aus etwa 75 Meter Entfernung, als die Reichsbannerleute noch in der Wegbiegung waren, also ein ganzes Stück entfernt. Sie seien nach dem Schuß losgerannt, um zum Auto zu kommen und hätten dabei hinter sich den Ruf gehört: „Der ladet noch einmal.“ Gleich darauf wäre der nächste Schuß gefallen, der ihn in den Oberschenkel getroffen habe.

Die Frage eines Geschworenen, ob vielleicht nach dem dritten Schuß einige Reichsbannerleute wieder umgekehrt und gegen die Dorfbewohner losgegangen seien, wurde von dem Zeugen entschieden verneint.

Der 17jährige Schlosser Karl Busch aus Berlin war einer der ersten, der zu der Prügelei, die den Ausgang von dem Zwischenfall bildete, hinzukam. Angesichts der Bewaffnung der Dorfbewohner mit Sensen und Forken habe der Führer die Rückkehr zum Auto befohlen, da die Reichsbannerleute nicht einmal Stöcke bei sich geführt hätten. Von der ersten Prügelei bis zu diesem Rückzug sei etwa eine Viertelstunde vergangen. Beim dritten Schuß sei er dann in die Kniekehle getroffen worden.

Der letzte der sechs Nebenkläger, der 40jährige Dekorationsmaler Hans Bloch aus Berlin, war der Meinung, daß er bereits von dem zweiten Schuß getroffen worden sei, und zwar in den linken Oberschenkel und in die rechte Wade.

Der Führer der Reichsbannerkameradschaft Erkner, der Metallschleifer Schmidt, schilderte, wie er nach dem Ueberfall auf den Reichsbannerabfahrer Wittenstein in Arensdorf, wo zunächst alles friedlich ausgefallen habe, vom Auto her zu Hilfe herbeigeeilt sei. Er selbst habe sich vor allen Dingen bemüht, von einigen am Baum stehenden Dorfbewohnern die Adresse von den Leuten, die den Radfahrer überfallen hatten, zu erfahren. Die Leute hätten sich zunächst nicht getraut, aber schließlich hätte er doch den Namen bekommen. Daß in der Zwischenzeit am Ende der Dorfstraße eine Schlägerei entzündet sei, will er nicht gesehen haben, vielmehr seine Leute aufzufordern haben, auf der Straße zusammenzubleiben und dann unter seiner Führung zum

Auto zurückzukehren. Ab und zu habe er sich umgedreht, weil seine Leute unruhig waren und ihn darauf aufmerksam machten, daß einer von den verfolgenden Dorfbewohnern ein Gewehr habe. Er habe aber nicht daran geglaubt, daß auf die Gruppe geschossen würde.

Kurz vor dem Auto sei dann der erste Schuß gefallen, und man habe die Kugeln auf die Steine prasseln hören.

Es habe außerdem ein Steinboget gegen das Reichsbanner eingeseht. Er selber erhielt einen Schuß in den Broder, blieb aber durch das Brot vor dem Angriff beschützt. Den Reichsbannermann Tiech sah er gerade, als er laut aufschreiend hintüber fiel.

Im Aufbruch an diese Kurve besaß der Nebenkläger Pohl, daß er und drei weitere der verletzten Reichsbannerleute, als sie auf der Rückfahrt vom Frankfurter Krankenhaus im geschloffenen Privatauto durch Arensdorf fuhren, an ihren Reichsbanneruniformen erkannt und von neuem mit Steinen beworfen worden seien!

Rechtsanwalt Julliusberger: Herr von Wittenstein hat doch in einer Landbundesversammlung

auf die Selbsthilfe verwiesen.

Wit Paul Schmelzer Mitglied des Landbundes? Angeklagter Schmelzer (Vater): Jawohl, aber von Selbsthilfe hat mir niemand jemals etwas gesagt!

Der 37jährige Kavalierbauer Ernst Klemowicz aus Erkner gab dann eine Schilderung, wie sich der ganze Zwischenfall entwickelt hat. Bis Arensdorf sei alles gut gegangen. Bei der Durchfahrt des Autos habe er sich auf seinem Rad etwa 30 Meter vom Auto entfernt gehalten. Kurz vor dem Dorfausgang sei ihm ein Radfahrer entgegen gekommen. Er habe ihn für einen Reitfrontmann gehalten, der eine Schiebermütze und eine rote Armbinde getragen habe. Gleichzeitig sei von der anderen Seite ein Mann mit einer Stahlhelmmütze gekommen, der ihm mit einem dicken Stod bedrohte. Um ihn abzuwehren, sei er vom Rad gesprungen,

habe aber gleich darauf von hinten einen Schlag über den Kopf erhalten,

und zwar nunmehr wieder von dem Mann, den er für einen Reitfrontmann gehalten habe. Er habe sich gewehrt, und sie seien dann beide zu Fall gekommen.

Nach einer kurzen Pause beantragte Rechtsanwalt Bloch im Namen des Herrn von Wittenstein, für den die Vertreter der Nebenkläger so großes Interesse zeigen, ihn, der sowohl im Zuhörerraum anwesend sei, am Schluß dieses Verhandlungstages zu vernehmen. Der Vorsitzende erklärte jedoch, daß sich das Gericht über weitere Beweisanträge erst später schlüssig werde.

Die Schlägerei unter Verwendung des Säbels wurde eingehender bei der Vernehmung des Zeugen Kamm aus Erkner erörtert, der nach seiner Befragung August Schmelzer, der schon einmal mit dem Säbel zugehauen hatte, an einem weiteren Gebrauch der Waffe dadurch hinderte, daß er ihm die Klinge trummelte. Kamm schnitt sich dabei selbst in die Hand. Er habe aber Schmelzer die Waffe nicht entreißen können, weil ihn in demselben Augenblick sein Vater mit der Mistgabel bedrohte. August Schmelzer: Bevor nur der Zeuge in den Degen griff, war ich schon mit dem Schläger geschlagen worden und blutete. Zeuge: Ich hatte keinen Schläger und habe auch nicht gesehen, daß er blutete. Ich habe mich nur mit einem Trommelstock zur Wehr gesetzt und habe ihn dabei wohl auch auf die Schulter geschlagen. Dieser Zeuge ist übrigens der Meinung, daß schon der erste Schuß Schmelzers scharf gewesen sei, denn er habe die Kugeln spritzen hören.

Nachdem die letzten der für gestern geladenen Reichsbannermitglieder vernommen worden waren, erhob sich Rechtsanwalt Dr. Julliusberger, um den Antrag zu stellen, den bisher auf freiem Fuß befindlichen Paul Schmelzer (Vater) in Haft zu nehmen. Er begründete diesen Antrag mit dem Hinweis, daß die Angaben der beiden Angeklagten bei ihrer Vernehmung in ihren wesentlichen Punkten unwahr seien und daß sie sich offenbar verabredet hätten, um gemeinsam das Gericht irrezuführen. Es sei sehr bedauerlich, daß der Untersuchungsrichter von sich aus nicht rechtzeitig die Haftvollzugsgefahr durch Verhaftung auch des Vaters vorgebahnt habe, um so mehr, als Paul Schmelzer nachweislich im hohen Maße die Arensdorfer Bevölkerung zu beeinflussen versucht habe.

Oberstaatsanwalt Dr. Roth-Frankfurt a. d. O. widersprach diesem Antrag, indem er erklärte, daß Schmelzer sen. nach seiner Auffassung bis auf einen Punkt durchaus nicht die Unwahrheit, sondern mit größter Wahrscheinlichkeit vielmehr die Wahrheit gesagt habe. Etwasige Verdunkelungsversuche seien auch schon deshalb nicht zu erwarten, weil ja der Sohn in Haft sei.

Das Gericht lehnte nach kurzer Beratung den Antrag von Rechtsanwalt Julliusberger ab. Gegen 5 Uhr nachmittags wurde dann die Verhandlung auf den Dienstag früh 9½ Uhr vertagt.

Einiger Lärm um nichts.

Nur weil sich Wilhelm II. gekränkt fühlt.

Unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Richter beschäftigte sich die 4. Zivilkammer beim Landgericht I am gestrigen Montag mit der Klage, die der frühere Kaiser gegen den Oberregisseur Erwin Piscator angestrengt hatte, weil der Beklagte bekanntlich in dem von ihm herbeigeführten Tolstoischen Stück Wilhelm II. zusammen mit dem Jar Niklaus und Kaiser Franz Joseph auf die Bühne gebracht hatte.

Die Verhandlung begann mit der Streitfrage darüber, unter welchem Rubrum der Prozeß eigentlich laufen sollte. Der Vorsitzende entschied schließlich dahin, daß man sich auf die Bezeichnung „Wilhelm II., Prinz von Preußen“ einigen müsse, da die preussische Staatsregierung diese Bezeichnung für den früheren Kaiser vorschreibe. Dann trat man in die zeitweise recht erregte Verhandlung ein. Rechtsanwalt Siebert wünschte, daß das Gericht sich auf den Boden der einstweiligen Verfügung stellen und Piscator entgültig verbieten solle, die Figur des ehemaligen Kaisers auf die Bühne zu bringen. Durch die Piscatorische Aufführung würden erstens die Interessen Wilhelms II. verletzt, zweitens verstoße die Darstellung in der Drei-Kaiser-Szene gegen die guten Sitten und drittens werde durch den Vorgang das Recht an eigenen Bilden verletzt. Auf der Bühne sei der Schauspieler je nach Laune oder Können imstande, der dargestellten Figur eine Tendenz zu geben, die mitunter gar nicht einmal der Initiative des Dichters zu entspringen brauche. Dr. Siebert betonte, daß er für den Kaiser kein Sonderrecht erstrebe. Piscator habe jedoch Wilhelm II. bis in die kleinsten Einzelheiten seines Befehls kopiert. Die Worte, die Piscator dem Kaiser in den Mund lege

und die er ihn unmittelbar vor Kriegsausbruch sprechen läßt, seien völlig aus dem Zusammenhang gerissen. Die gegenwärtig von Piscator angeordnete Besetzung des Gerichteschlusses an Stelle der Ausführungen Wilhelms II. durch einen Schauspieler im Monatel bedeute eine Verhöhnung des Richterpruches.

Rechtsanwalt Dr. Jacoby vertrat die Ansicht, daß die 4. Zivilkammer für die Klage überhaupt nicht zuständig sei, sondern daß die 21. Zivilkammer für künstlerische Angelegenheiten maßgebend gewesen wäre. Weiter wandte sich Dr. Jacoby dagegen, daß die einstweilige Verfügung ohne mündliche Verhandlung mit einer außerordentlich bemerkenswerten Bescheinigung erfolgt sei. Rechtsanwält Dr. Goldbaum bemängelte, daß die einstweilige Verfügung erst erfolgt sei, nachdem das Stück bereits 10mal aufgeführt worden sei. Die einstweilige Verfügung müsse auch aufgehoben werden, da sie gegen Piscator allein erlassen sei. Piscator verkäufere jedoch nicht die Direktion, sondern er sei in dem nach ihm benannten Theater lediglich Oberregisseur. Rechtsanwält Jacoby erklärte weiter, es habe Piscator ferngelegen, in der Drei-Kaiser-Szene Wilhelm II. verächtlich machen zu wollen. Der an Gerichtsstelle anwesende Darsteller des Kaisers, Krewal, erklärte, er habe die Uebernahme der Rolle davon abhängig gemacht, daß diese keine Verächtlichmachung des ehemaligen Kaisers enthalte. Dr. Jacoby verlas dann noch die Kritiken aus sämtlichen Berliner Zeitungen und betonte, daß selbst die rechtsgerichteten Blätter die Kaiser-Szene nicht als Verhöhnung Wilhelms II. aufgefaßt hätten. Gegen 6 1/2 Uhr abends wurde dann die Sitzung abgebrochen und die Urteilsverlesung auf Donnerstag 12 Uhr mittags festgesetzt.

mal vorbestrafte Kaufmann Hermann Wagner und der Straftrochsenführer Witzke, denen schwerer Diebstahl im Rückfalle hzm. Beihilfe dazu zur Last gelegt wurde. Nach fast zweitägiger Beratung sollte das Gericht folgendes Urteil: Witzke wird wegen Begünstigung zu 6 Monaten Gefängnis, von denen 2 Monate als verbüßt angesehen werden, bestraft, Wagner auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Die neue Berliner Besoldungsordnung.

Seit dem 5. Dezember hat der Beamtenausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung die neue städtische Besoldungsordnung in acht Sitzungen eingehend beraten und am Mittwoch die erste Lesung beendet. In den Beratungen ist von den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion versucht worden, Verbesserungen gegenüber der Magistratsvorlage durch entsprechende Anträge zu erreichen.

Als bemerkenswerte Entscheidungen können folgende erwähnt werden:

Die Diätarzeit von 4 hzm. 5 Jahren auf 2 hzm. 3 Jahre herabzusetzen;

Günstigere Bestimmungen der Besoldungsordnungen des Reiches und Preußens auch für Berlin gelten zu lassen;

Bermeidung von Abzügen bei Gewährung von Dienstleistungen an niedere Beamtengruppen.

Ein hauptsächliches Bemühen der sozialdemokratischen Vertreter ging auch dahin, durch eine sinngemäßere Zusammenlegung von Gruppen deren Verringerung zu erreichen.

Zu einem überwiegenden Teil hatten die sozialdemokratischen Ausschußanträge Erfolg.

Ueber die Festsetzung der Gehälter der Magistrats- und Bezirksamtmitglieder ist nicht entschieden worden, da selbstverständlich die Stellungnahme des Magistrats zu den Beschlüssen erster Lesung abgewartet werden muß, vor allem auch, um einen genauen Ueberblick über die finanzielle Auswirkung der gefaßten Beschlüsse gewinnen zu können.

Angenommen wurde noch ein sozialdemokratischer Antrag, nach vor Weihnachten den Beamten — und sinngemäß auch den Angestellten — Vorschüsse auf der Grundlage der Magistratsvorlage auszuzahlen.

Aus Nächstenliebe meineidig geworden.

Weitere Geständnisse im Reineidsprozeß Ohterich.

Nach der Pause hielt die alte Frau Niedach in dem großen Reineidsprozeß vor dem Schwurgericht I, nachdem sie sich beruhigt hatte, ihr Geständnis aufrecht, daß sie zweimal falsch geschworen habe. Die Geschichte von dem Abholen der Köchmaschine durch ihr sei erfunden gewesen. Frau Ohterich habe sie angestiftet, falsche Aussagen zu machen. Dann wurde die Tochter der Borgogin, Charlotte Niedach, ein junges, sympathisches Mädchen, vorgeführt. Sie schand offen ein, daß Frau Ohterich auf sie in jeder Weise eingewirkt habe. Alles, was sie auslagern sollte, habe ihr Frau Ohterich aufgeschrieben, und sie mußte es auswendig lernen. Frau Ohterich habe es verstanden, so lange auf sie einzureden, bis sie es glaubte. In der Schwurgerichtsverhandlung gegen ihr und Frau Ohterich wollte die Letztere ihr ungläubig machen und habe sie, die Jungin, vorher beschworen: „Sie müssen mir beistehen.“ Sie sagte: „Liebes Kind, Sie sind die einzige Person, die mich retten kann.“ Darauf habe sie die Aussage gemacht. Vorl.: „Und diese ganze Aussage war falsch?“ Jungin: „Ja.“ Vorl.: „Wie sind Sie dazu gekommen, das zu machen?“ Jungin (heilig weinend): „Ich habe das aus Nächstenliebe gemacht.“ — Es wurde dann ein Brief verlesen, den Charlotte Niedach, nachdem sie einen Tag wegen Reineidsverdachts in Haft gewesen war, an Frau Ohterich geschrieben hatte. Sie hält hierher darin vor, daß sie ein Duzend Menschen auf dem Gewissen habe, und daß für ihre Verbrechen die Todesstrafe noch zu milde wäre. Jungin (bitter): „Das ist noch heute meine Ansicht.“ Landgerichtsdirektor Dr. Schulze rief dann den jungen Hof-Niedach nochmals vor und suchte ihn unter Hinweis auf das Geständnis seiner Mutter zu bewegen, seine eidliche Aussage, daß der

Der Kassenraub im Zoo.

5000 Mark Belohnung.

Der große Kassenraub im Botanikgebäude des Zoo wird auch durch Säulenanschlag bekanntgemacht. Es wird darauf hingewiesen, daß die Gesamtelohnung von 5000 M. (2000 M. für die Ermittlung und Erreichung der Täter und bis zu 3000 M. für die Wiederbeschaffung des Geldes) ausschließlich für Mitteilungen aus dem Publikum bestimmt ist, die zur Aufklärung dienen. Die gestohlene Summe beträgt genau 30250 M. Das Hartgeld war, wie wir schon mitteilten, gerollt. Das Papiergeld war zu 1000 und 500 M. hanfartig gebündelt. Der Räuber mit dem Revolver, der dem Kassierer mit der linken Hand den Mund zudrückte, um ihn am Schreien zu verhindern, ist etwa 1,75 Meter groß, hat eine breite, leichtgebogene Figur und trägt einen dunklen Leberzieher mit einer Knopfreihe und einen dunklen weichen Filzhut. Der zweite, ebenfalls maskierte Räuber, ist klein und schwächlich und trägt gleichfalls einen dunklen Leberzieher und einen weichen Hut. Der dritte Mann, der nicht maskierte, ist etwas kleiner als der erste, hat blondes Haar und ein schmales blaßes Gesicht und trägt einen grauen Paletot mit Fildorotenmuster und einen grauen weichen Filzhut. Wer diese drei Männer vor dem Leberfall, also vor 2 1/2 Uhr nachts oder später — vielleicht im Tiergarten oder sonst wo — gesehen hat, oder wer sonst zur Aufklärung beitragen kann, wird gebeten, sich beim Raubdezernat im Zimmer 80 des Polizeipräsidiums zu melden.

Im Fieberwahn aus dem Fenster gesprungen.

Am Hause Friedrichstraße 208 spielte sich in den gestrigen Abendstunden ein aufregender Vorfall ab. Im Fieberwahn stürzte sich die 50jährige Hedwig Fresco, Tochter des bekannten Berliner Juweliers Friedländer, aus dem Fenster ihrer im ersten Stock gelegenen Wohnung auf den Hof hinab. Hausbewohner wurden durch die Schreihölle, die vom Hofe ertönte, aufmerksam und fanden die Unglückliche bewußtlos auf dem Boden liegend. Zum Glück stellten sich die Verletzungen als nicht zu schwer heraus. Neben leichten inneren Verletzungen hat Frau F. einen Beinbruch erlitten.

Die Verunglückte war seit längerer Zeit bettlägerig und öffnete, als sie einen Augenblick unbeaufsichtigt war, im Fieberwahn das Fenster ihres Schlafzimmers und stürzte hinab.

Schweres Autounglück in Siemensstadt.

Ein Toter, ein Schwerverletzter.

In Siemensstadt an der Gde. Rönnebaumallee und Kohrdamm ereignete sich gestern gegen 19 Uhr ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Privatauto und einem Straßenbahntriebwagen der Linie 55, bei dem eine Person getötet, eine andere schwer verletzt wurde.

Der Führer des Autos, ein Ingenieur Karl Wirtum aus der Paulshorner Straße 1 in Wilmersdorf, in dessen Begleitung sich ein Zeichner Franz Berganz aus der Maderstraße 2 in Spandau befand, wollte in schneller Fahrt, aus der Richtung Kohrdamm kommend, die Schienen noch vor der herannahenden Straßenbahn kreuzen. W. mußte in der Dunkelheit die Entfernung unterschätzen haben, denn plötzlich fuhr die Straßenbahn mit voller Wucht auf das Auto auf. Der Zusammenstoß erfolgte mit solcher Gewalt, daß das Auto umgeworfen und völlig zertrümmert wurde. Passanten und das Personal des nur leicht beschädigten Straßenbahnwagens bemühten sich sofort um die Verletzten. Die alarmierte Feuerwehr sorgte für ihre Ueberführung in das weitende Krankenhaus und nahm die Aufräumarbeiten vor. Die Verletzungen des Zeichners Berganz waren so schwerer Natur, daß er bereits auf dem Wege ins Krankenhaus starb. Wirtum, der mehrere Rippenbrüche und innere Verletzungen erlitten hatte, liegt schwer darnieder, dürfte jedoch mit dem Leben davonkommen.

Der Sperenberger Vostraub vor Gericht.

Der große Einbruch in das Postamt in Sperenberg im Kreise Leitow, der am 30. April d. J. von einer Berliner Einbrecherbande mit großer Dreistigkeit verübt wurde, gelangte gestern vor dem Großen Schöffengericht Lichterfelde zur Verhandlung. Angeklagt als Teilnehmer an diesem Raubzuge waren hier der odt-

Zement.

Roman von Jodoc Oladkow.

Berge und Wälder wimmeln von Tiermenschen. Am Tage verstecken sie sich im Gesträuch und in den Höhlen, oder spazieren in der Stadt, als Freunde der Revolution herum. Sie sind überall: in den Reihen der Kämpfer, in den Sowjetbureaus und den Häusern der friedlichen, harmlosen Kleinbürger. Wer kann sie zeigen, sie nennen, sie wie Giftschlangen zerretzen? Und die Nacht bricht herein — sie kriechen, durch den Nebel versteckt, zur Verräterarbeit heraus. Sie sind es, die jetzt die Signalfire anzünden, und die Feuer wogen und fliegen in die Heuschreckfelder, rufen, locken und lachen mit raubgierigen Eulenaugen.

Ueber die Landstraße klirrte metallisch ein Wagen. Deutlich waren die Hufschläge der müden Pferde hörbar. Verschlafen, heiser, tönten undeutliche Stimmen.

Gjeb und Sergej gingen mit ihren Gewehren unter dem Arm über die Landstraße, die unter ihren Füßen schwall und wogte in dieser finsternen Nacht. Alles, Erde und Wald, stürzte in die Finsternis, und weil es keinen festen Stützpunkt für die Augen gab, erschien Sergej alles gespenstisch-unkörperlich und der Himmel und die Erde waren in gleicher Weise nah und grundlos wie die Leere. Bei jedem Schritt schral das Herz zusammen: jetzt wird er seinen Fuß niederlegen und statt der hartgefrorenen Straße — wird er plötzlich einen Sumpf oder einen schwarzen Abgrund unter sich fühlen. . . .

Man sah deutlich ein Pferd. Der Kopf leuchtete matt unter den roten aufflammenden Feuern in den Bergen. Auf dem Wagen schwebte groß und breit zu sein.

„Halt! . . . Wer seid ihr?“
Gjeb stand vor dem Pferdekopf, das Gewehr schußbereit.
„Bewundete!“
„Parole?“

„Wozu die Parole, zum Teufel noch mal? . . . Siehst nicht unsere verbundenen Schadel.“
„Wie steht unsere Sache?“

„Woh hin, veranüge dich dort mal selber mit Bocksprüngen, dann wirst du alles erfahren. . . . Die Roten haben sich in Höhlen eingeknistet und wir schießen. . . . Und sie über-

schütten uns mit Schrapnell. . . . Nacht nichts. . . ein wenig rauchig ist es nur. . . . Wir stellen diesem Gesindel gute Kaufesfallen. . . sie quieschen und grunzen wie die Ferkel. . . . Haben ein halbes hundert Offizierszeug zerstückt und sie ganz zer schlagen. . . nur die Augen hüpfen wie Frösche. . . zwei Schwesterchen haben heute die ganze Bande ergötzt. . . die Eingeweide haben wir ihnen herausgerissen. . . haben sie, in der Schlucht dort, vors Gewehr gestellt. . . die eine quieschte: „Verfluchte Affen, niederträchtiges Gesindel!“ — ein Purzelbaum, und schon war sie kopfüber unten. . . die andere: „Gesindel, Landstreicher, Post!“ — und purzelte hinunter, die Beine in die Höhe. . . das war ein Spektakel, hol's der Teufel. . . die Eingeweide konnten einem plagen. . . .“

„Und wie ist's mit der Verstärkung, erwartet ihr welche?“
„Woju, zum Teufel? . . . Wir werden sie bis zum letzten Mann ausrotten. Verluste an Toten haben wir wenig. . . und Bewundete. . . wir sind die erste Partie. . . die übrigen sind in den Schützengräben. . . Die Unfernen sitzen oben — und die anderen verstecken sich dort — sind in einer Saßgasse. . . können weder hin noch her. . .“
„Brave Kerle seid ihr, Kinder, vorwärts!“

2. Der Gefangene mit dem leeren Kermel.

Die Berge erblühten wie ein feuriger Garten. Morgenröte brannte unruhig über dem Meer im Nebel.

Sergej und Gjeb, mit ihren Gewehren in der Hand, stiegen wie stumme Schatten zwischen den Sträuchern den Berg hinauf. Das Feuer blühte flodernartig auf, sprang über die zottigen Äste, spritzte Funken, erlosch und erhob sich wieder als flammender Vogel.

Sie gingen am Schlachthof vorbei: der Jaun ist nicht mehr da — ist zerstört. Türen und Fenster sind ausgebrochen. Vielleicht sind auch dort Feinde mit schußbereiten Gewehren.
„Leise, Serjoscha. . . wie eine Rahe, komm nicht an die Sträucher. . . das Gewehr fester. . . wir werden ihn lebendig fangen.“

Gjeb nahm all seine Kraft zusammen, war straff gespannt wie eine Saite und kroch ganz leise mit der Gesichtlichkeit eines Hundes. Eine unendliche Freude machte Sergej trinken. Er wandte seine Augen nicht vom Feuer und lächelte, ohne es zu wissen. Seine Hände und Füße zitterten, als ob er in giftigster Gekwändigkeits hinunterfliegen würde. Spinnwebewebe schmierte sich klebrig an sein Gesicht und zerriß

well an seinen Ohren. Auf den Wimpern flammten Perlmuttstrahlen. Warme Maßwellen dampften in den Sträuchern: kaltgewordene Steine atmeten und die Frühlingsblätter der Feldulme und Steinmispel dufteten. Die Nacht irrt in den Entfernungen: bald scheint alles nah, bald fern. Aber dort oben ist ein Mann sichtbar, von einer Fackel beleuchtet. Er läuft den Berg hinauf, dreht sich, hebt die linke Hand hoch über den Kopf und seine Gestalt krümmt sich. Der Uniformrock und die Mütze flammten in ihren Konturen auf, als ob sie ein Licht ausstrahlten. Der rechte Kermel baumelte wie ein Fegen.

Beide setzten sich wie auf Kommando. Sahen sich an und verstanden einander sofort.

„Unbedingt lebend, Ichumalow, unbedingt. . . Siehst du?“

„Sei kein Wacklappen — wir werden ihn schon packen. . . Beobachte ihn. . . Schau mit deinem Hirn, den Eingeweiden, den Augen.“

Das Blut tönt wie ein leises Klöckchen in den Schläfen. Es gibt so viele Einarmige. . . viele gibt es. Sie erwecken immer eine Unruhe in Sergej und beim Anblick eines leeren Kermels spürte er immer eine Drohung und einen verfluchten Schlag. Auch der Bruder hat einen leeren Kermel. Auch er irrt als geheimnisvolles, unheimliches Gespenst umher.

Der Einarmige blieb stehen, schaute aufmerksam. Wendete seinen Kopf rechts, links. Er stand mit dem Rücken zu ihnen gewendet und sein Gesicht war für einen kurzen Augenblick im Profil sichtbar. Und in diesem flammenden Profils sah Sergej den bekannten raubvogelartigen Schnabel zu erkennen.

Wie eine lodernde Schlange flatterte das Feuer auf und flog raketenmäßig in die Sträucher. Die Finsternis wurde schwarz und klebrig wie ein Sumpf. Schritte ertönten auf den Steinen, und die Sträucher raschelten wie von einem Windstoß bewegt.

„Teufel, wir haben ihn davonlaufen lassen! . . . Hinterher, Serjoscha! . . . Wir müssen ihn kriegen.“

Und Gjeb sprang in die Büsche, zerbrach die Steine mit seinen Wfäßen und verank im Dunkeln. Steine und Kiesel flogen wie Glascherben auseinander. Sergej sprang ihm nach und wieder lächelte es ihm, als wäre er leicht und beflügelt. Und wie ein Vogel flog er der zitternden Rote und den Verzweigen entgegen.

„Halt! . . . Ich erichief dich, Hundelohn. . . Halt!“
(Fortsetzung folgt.)

Befuch bei ihr unbedingt im Sommer 1924 gewesen sei, in seinem eigenen Interesse einzuschränken. Der Zeuge blieb aber dabei, daß es nur 1924 gewesen sein könne.

Staatsanwaltschaftsrat Duben erklärte, daß die Angeklagte Ohlerich, die Unglück über zahllose Familien gebracht habe, die Höchststrafe von 10 Jahren Zuchthaus verdient hätte, er wolle aber nicht höher gehen als das andere Schwurgericht und beantragte zusätzlich zu den bereits erkannten 3 Jahren Zuchthaus weitere 2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Gegen Frau Mittendorf beantragte er wegen Meineides die Mindeststrafe von 1 Jahr Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust.

Wanderausstellung Deutschland - Oesterreich.

Gleichzeitig mit den Filmporträgen über „Das neue Wien“, die der Volkswirtschaftler Dr. Kurt H. Bülle (Hannover, Liebenstraße 2) in einer Reihe deutscher Städte und jetzt auch in Berlin hält, veranstaltet das Wiener „Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum“ in deutschen Städten eine Wanderausstellung, die in Hamburg am 9. Dezember im Gewerkschaftshaus unter Förderung des Hamburger Senats eröffnet wurde. Im Mittelpunkt steht auch hier das neue Wien mit seinem imposanten Wohnbau- und Wohlfahrtsprogramm.

Photographische Großaufnahmen und statistische Farbentafeln — Wirklichkeit und Willenswelt — wirken hierbei zusammen und vermitteln in vergleichender Schau das geschlossene Bild einer modernen Mustergemeinde. Seit der „Gefelst“ hat ja die „Wiener Methode“, die an die Stelle tendenzloser Statistiken sinnfällige „Zahlenbilder“ setzt, eine gewisse Bekanntheit erlangt. Sie ist die schöpferische Leistung des Direktors Dr. Neuraich und seiner Mitarbeiter. Zu diesen ganz neuen Ausdrucksmitteln gehören auch die Leuchttafeln und die Magnettafeln, die dauernd veränderbare Statistiken ermöglichen. Zum ersten Male wurde mit diesen Mitteln das „Anschlußproblem „Deutschland-Oesterreich“ dargestellt.

Auch der Zweifler wird entwirrt durch diese hundert Ausstellungstafeln. Indem sie das Abstrakte als Anschauung erleben lassen, bezeugen sie das, was selbst der Film nicht zeigen kann: daß nämlich auch Deutschland ein Gesicht zu empfangen hat, wenn die Wiedererzeugung mit Oesterreich einmal die große soziale Republik der Zukunft verwirklicht haben wird.

Unrahmt wird die Ausstellung durch eine kleine Ausstellung von Kunstwerken österreichischer Graphiker und eine Schau moderner Oesterreichliteratur. Auch diese beiden werden den Anschlußwünschen unseres Brudervolkes bedehnten Ausdruck. Die interessante Wanderausstellung, an deren Eröffnung auch ein Wiener Stadtrat teilnahm, wird außer in Hamburg zunächst in Nürnberg, Breslau und Frankfurt gezeigt und wird voraussichtlich noch im Frühjahr auch in Berlin zu sehen sein.

Weihnachtskonzert der Saupolizei.

Wenn etwas den Unterschied zwischen alter und neuer Zeit augenfällig demonstrieren kann, so die Tatsache, daß die Angehörigen unserer Saupolizei sich zeitweilig von ihrer ersten Aufgabe lösen können und so, wie sie geben, daß heißt in ihrer Dienstkleidung, sich versammeln, um einer andächtig lautenden Klammernge musikalische Genüsse zu vermitteln. Wie in den Vorjahren, geschah das auch diesmal wieder im Großen Schauspielhaus, wo der musikalische Teil der Saupolizei den Kriegsbefähigten und Kriegserfahrenden, den Sogel- und Kleinrentnern ein Weihnachts-Festkonzert gab. Schon diese Tatsache allein ist anerkennenswert. Weit mehr aber noch der Umstand, daß gute Orchestermusik und guter Gesang geboten wurden. Camillo Hildebrand leitete das Orchester der Saupolizei und er versteht es meisterhaft, die Glieder dieses Orchesters, das über vorzügliche Streicher verfügt, energisch zusammenzuführen. Man hörte so das Vorspiel zu „Hänel und Gretel“, Tschaikowskis „Rufnachderfule“, die Duertöne zu „Freischütz“, die „Meditation“ von Bach-Gounod, und den lustigen „Schäfersang“ von Grainger. Mit sparsamen Gesten lenkt Janak Roskin den gesamten Chor der Saupolizei und das Orchester. Erreicht schon in ihrer rührenden Einfachheit kamen zwei alte Lieder: „Vom Himmel hoch“ (dieses übrigens bereits vor bald zwei Jahrzehnten von dem „Wandervogel“ wieder nahegebracht) und ein Schweizer Hirten-Weihnachtslied zum Vortrag, während merkwürdigerweise die „Stille Nacht“ nicht ihren alten vollen Zauber entfalten konnte. In dem „Der Herr ist König“ durfte man sich auch der Männerstimmen erfreuen. Leo Schützendorf, glänzend disponiert, fesselte die Tausende durch Mozarts „Jus und Offizis“ und „In diesen heiligen Hallen“ zu atemlosen Lauten. Kaufmännischer Beifall lobte ihn und die beiden Dirigenten. Dieses Konzert, von einer vollbesetzten Beamtenschaft den Armen des Volkes dargebracht, war eine wahre Weihenstunde, wofür der musikfreudigen Schupo, ihren Dirigenten und ihren Leitern aufrichtiger Dank gebührt. Man stellte mit Bewunderung fest, daß eine Anzahl hoher Würdenträger an dem Konzert teilnahmen, so Reichsfinanzminister Köhler, preussischer Innenminister Grzelinski, Reichstagspräsident Löbe, Landtagspräsident Barzels, Staatsminister Dr. Reichner, Polizeipräsident Zörgiebel, Polizeivizepräsident Dr. Wolf, Kommandeur Helmannsberg, und der Polizeipräsident von Potsdam, von Zikewitz.

Beim Funkheinzelmann zu Gast...

Das Treptower Jugendamt hatte den Funkheinzelmann (Hans Bodenstedt) gebeten, doch einmal nach Niederhavelnweide zu kommen, um im großen Saal des „Fischhäuser“-Restaurants den Großen und den Kleinen seine Märchen zu erzählen. Der Funkheinzelmann ließ sich das nicht zweimal sagen. Raum hatte er am Sonntag nachmittag das letzte Wort ins Mikrophon gesprochen, als er in ein Auto sprang und nach Niedershavelnweide hinausfuhr. Aber nicht allein vier Musiker und eine Sängerin nahm er mit auf die Reise, die wie eine Reise ins Märchenland war, denn in Niedershavelnweide lag noch — anders als drinnen in der Stadt — blendend weißer Schnee. Den 600 Kindern, die schon ungeduldig auf ihn warteten, erzählte er, daß er gar nicht der Funkheinzelmann sei; denn der wolle irgendwo auf einer Welle durch den Äther... Er sei nur ein Onkel von ihm, der aber alle Abenteuer miterlebt hätte und auch von ihnen erzählen könne. Und das glaubten die Kinder treu und brav, die sich ja den Funkheinzelmann als ein kleines kleines Wesen im bunten Gewand vorgestellt hatten. Es gab für den vergnügten und wirklich einhundertprozentigen Nachmittagskürzlichen Applaus, der auch der Sängerin (Marquitta Seiden), die hübsche Kinderlieder sang, und der kleinen Kapelle galt, die zu den Märchen den musikalischen Spektakel machte.

Durch Salpeterdämpfe getötet.

Im Betriebe der UEG in der Uckerstr. 71-75 kam gestern der 37jährige Galvaniseur Max Richter aus der Kamlerstraße 35 auf eigenartige Weise ums Leben. Er war gegen 9 Uhr früh mit dem Deffnen eines Salons beschäftigt, der Salpetersäure enthielt. Aus noch unbekannter Ursache plötzliche der Glasbehälter plötzliche. Durch die sich sofort entwickelnden gefährlichen Säuredämpfe wurde R. betäubt und fiel bewußtlos zu Boden. Der Verunglückte wurde in bedenklichem Zustande in die Unfallklinik in der Johannisstraße gebracht. Die Ärzte konnten leider keine Hilfe mehr bringen; er starb gegen 16 Uhr an den Folgen der schweren Vergiftung. Seine Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Der 120-Stundenschlaf des Fakirs.

Am Sonnabendabend wurde in Stuttgart der Fakir Tola, der sich am vergangenen Sonntag zu einem 120-Stunden-Schlaf in einem plattierten Sarg hatte begraben lassen, wieder erweckt. Dieser Sarg wohnten etwa 5000 Personen bei. Als das Grab bis zur Hälfte ausgehauert war, erlitt die Alarmglocke zum Zeichen dafür, daß Tola erwacht war. Bald darauf wurde der Sarg herausgehoben und festgestellt, daß die Siegel

und Bände sowie die Glascheiben unversehrt waren. Als man Tola dann befreite, lag er sich die langen Adeln aus Wangen, Ohren und Hals, die er sich vor der Eingrabung hineingestochen hatte. Darauf verlangte er nach Wasser und einigen kühlen Rehlbrötchen. Eine Feststellung der Ärzte ergab, daß Tola in den 120 Stunden 10 Kilogramm abgenommen hatte und natürlich total erschöpft war.

Ein Freispruch. Im August dieses Jahres brachten wir eine Notiz der offiziellen Parteikorrespondenz über zwei Frauen, Mathilde Schubbe und Hedwig Dume, denen habilitische Handlungen an einem sechsjährigen Kind vorgenommen wurden. Nun erhalten wir vom Anwalt die Nachricht, daß die Gerichtsverhandlung gegen die beiden Frauen bereits stattgefunden hat und daß sie mit rechtskräftigem Urteil freigesprochen worden sind.

Unfall auf der Pariser Untergrundbahn.

Zahlreiche Verletzte.

Paris, den 12. Dezember. Gegen 13 Uhr ereignete sich auf der Linie IV der Pariser Untergrundbahn zwischen den Stationen Chatelet und Cite ein Unfall, der leicht zu den schwersten Folgen hätte führen können. Ein Waggon erster Klasse legte sich in einer Kurve — es heißt infolge Raddrucks — auf das Nebengeleis und brachte dadurch auch den Rotormagazin zum Entgleisen. Im selben Augenblick versagte auch die Lichtstromleitung des entgleisten Zuges. Der heftige Stoß, den der ganze Zug erfuhr und der durch die sofortigen Bremsmanöver des Zugführers erhöht wurde, sowie das gleichzeitige Erlöschen des Lichtes löste unter den zahlreichen Passagieren große Panik aus. Es entstand ein heftiges Ringen um die Ausgangstüren der Waggons und alles verluchte aus dem Tunnel heraus zur nächsten Station zu gelangen. Im gleichen Augenblick kam auf dem Nebengeleis ein Gegenzug heran. Zum Glück bemerkte der Zugführer des Gegenzuges noch rechtzeitig das Hindernis, sonst wäre eine entsetzliche Katastrophe unvermeidlich gewesen. Die Zahl der Verwundeten, besonders aus dem umgefallenen Waggon erster Klasse wird noch nicht angegeben. Etwa zehn Personen wurden in die nahegelegenen Krankenhäuser übergeführt. Das offizielle Communiqué spricht nur von einigen Verletzten. Einem Passagier erster Klasse sollen die Füße zerquetscht worden sein.

Da sich die Unfallstätte nur etwa 500 Meter von der nächsten Station befindet, konnte rasch Hilfe herbeibracht werden. Die Passagiere wurden mit Hilfe von Leitern aus dem umgestürzten Waggon befreit. Die meisten Verunglückten haben Kopfverletzungen erlitten.

Sport.

Eishockey im Sportpalast.

Davos gegen die „Internationalen“ BSC.

Der Sportpalast, die Heimstätte des Eiskunstlaufes und des in letzter Zeit so hoch in „Konjunktur“ stehenden Eishockeysports, hatte am Sonnabend und am gestrigen Sonntag ein überfülltes Haus. Der Davoser Eishockeyklub weilt als Gast in Berlin und so pilgerten denn an beiden Tagen Tausende zum Sportpalast, um sich diese sportliche Delikatesse nicht entgehen zu lassen.

Am Sonnabend freuzten die deutsche Nationalmannschaft des BSC mit den Davosern die Schläger. Die Gäste lieferten ein großes Match, wenn sie auch zeitweise reichlich körperlich spielten. Das erste Spielviertel verlief torlos. Im zweiten Drittel sendte die Davoser zweimal unglücklich ein. Die Angriffe der Nationalmannschaft scheiterten an der guten gegnerischen Verteidigung und nicht zuletzt an dem Torwächter. Am Schlußdrittel erhöhte die Davoser ihre Torzahl auf 4. Den Berlinern gelang durch Danneke noch einem gelungenen Durchbruch das einzige und Ehrentor.

Die Internationalen nahmen am Sonntag nachmittags an dem Davosern für die Niederlage Revanche. Nach einem braunrotem Spiel, in dem Tempo und Taktik lag, siegte die BSCer verdient mit 6:4 Toren. Die besten Leute waren Johannes, Brüd und Dr. Roche und bei den Davosern Bell und Spengler. Im ersten Drittel fallen für den BSC 4 und für Davos 2 Tore. Das zweite Spielviertel bringt den Gästen einen zählbaren Erfolg. Beide Torwächter bekommen viel Arbeit, unentwegt wegen die Angriffe hin und her. Schließlich erhöht der BSC im letzten Drittel seinen Vorsprung auf 6 Tore. Auch die Davosier schließen noch einmal erfolgreich. Der Beifall war sehr stark.

Funkwinkel.

Die Sonntag-Abendveranstaltung „Berliner Abend“ wirkt durch die ausgedehnten Vorlesungen hellenweise langweilig. Allerdings bringen die „Erinnerungen“ Philippis interessantes aus dem alten Berlin, aber Alfred Braun wird dabei entschieden gerührt und verzirrt sich bis dicht an die Grenze des Pathetischen. Hoffentlich hat er sich diesen Ton nur für die Weihnachtsgesellschaft gelegt. Auch die Gesangsvorträge der Frida Weber-Fleburg befriedigen wenig. Frida Weber-Fleburg singt sehr hübsch Lieder, die das Chanson streifen, die zunächst mit den Dingen spielen. Hier in Hermanns „Krippenspiel“ oder in dem herrlichen „Es ist ein Ros entsprungen“ wird von der Sängerin mehr verlangt. Stimmumfang wie Tremolos, schrille und dünne Tongebung in der Höhe, Mängel, die sonst kaum auffallen, zerfallen die Wirkung, trotzdem die Sängerin sich mit Erfolg um einen volkstümlichen einfachen Ausdruck bemüht. Beccas Gloria-Palast-Symphoniker spielen Weihnachts- und Kinderlieder, auf Jazz kristall. Vieles von der alten Behaglichkeit, von der guten Stube mit dem Weihnachtsbaum geht verloren. Die Pieder erscheinen in einem neuen Gewand, sie sind nicht mehr so gefühlvoll, aber sie zeigen plötzlich eine bis dahin verborgene gewissermaßen Heiterkeit, sie wandeln sich in wirkliche Lieder der Freude. Aus dem Großen Schauspielhaus wird das Weihnachtskonzert der Schupokapelle übertragen. Wie immer bei Übertragungen aus archaischen Räumen ist der Ton gerundet, hat Resonanz, auch die menschliche Stimme — Leo Schützendorf singt aus der „Zauberflöte“ — entfällt sich völlig frei.

In der Reihe „Mensch und Arbeit“ schildert Brandmeister Karl Heiterabend am Montag die Welt des Feuerwehmannes, sein hartes Leben, seine händliche Dienstverpflichtung, die niemals aussehende Gefahr, in die ihn sein Beruf bringt. Sicherlich kommt der Rundfunk mit Wiederaufnahme der Serie den Wünschen vieler Hörer entgegen. Denn hier wird mit einfachen Worten das Bild von Beruf und Tätigkeit, die zwar jeder kennt, aber deren Anforderungen, deren Wesenart und Voraussetzungen für die meisten unbekanntes Land bedeuten. Erich Hoffe liest zwei Romane, die mit der vierten Dimension faszinieren und recht spannend geschrieben sind. Die Serie „Das Berliner Schauspieltheater“ beschließt Bekner. Der Intendant des Staatstheater spricht selbst die einleitenden Worte. Nichts Theoretisches über moderne Schauspielkunst und Regie. Aus den Antworten auf eingehende Briefe entsteht in großen Umrissen das Porträt von dem Geist dieses modernsten Berliner Theaters. Bühner spricht über die Positionierung der Akteure, über Vereinfachung des Wortes, über Aufhänge und dergleichen. Groß ist Körner in den Szenen aus „Richard III.“ Diese Stimme durchdringt fähig den Raum und ist von vorbildlicher Schmissigkeit und von erfullender Kraft. Am ganzen hinterließ dieser Abend tatsächlich einen Eindruck von Sehners Bestrebungen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

- Einladungen für diese Rubrik sind hier an das Bezirkssekretariat Berlin SW 62, Hindenburgstr. 2, 2. Hof, 2. Trepp. rechts zu richten.
1. Die Übersien für die Rundfunk-Weihnachtsfeier müssen und binst am Mittwochabend im Park, Andrit, 3. Hof, (Datum des Rundschreibens vom 12. Dezember bis 14.) Besondere Wunsch nicht.
 2. Gleichzeitige Mitteilung von 9-16 Uhr Aufnahme der Weihnachtsfeier für die Arbeiter im Park, Hindenburgstr. 2.
 3. Kreis Treptow. Freitag, Sonntag, 10 1/2 Uhr, Fortsetzung des Aufsatz: „Einführung in den Sozialismus“. Referent: Genosse Otto Meier.
 4. Kreis Tempelhof. Karren für die „Republikische Arbeiter“ am 2. Weihnachtsfeierabend, normalige 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, mit dem Motto: „Was dem Götzen der Jahrhunderte“ sind bei allen Mitgliedern des Bildungsausschusses, wo nicht, bei dessen Kommando, Otto Meier, Otto Meier, Mariendorfer, Ruckelstr. 19, zu haben. Die Mitglieder werden gebeten, auf diese Veranstaltung besonders hinzuweisen.

5. Kreis Treptow. Große öffentliche Versammlung. Am Dienstag, den 12. Dezember 1923, abends 7 1/2 Uhr, spricht im Lokal „Ambera in Oberhavelnweide, Wilhelmstr. 24, der Genosse Wilhelm Meier über die „Republikische Arbeiter“, was mit aus der „Republikische Arbeiter“ — Das Licht in der Demokratie, wie die soziale Bewegung für diese Versammlung wird erwartet.
6. Kreis Treptow. Mittwoch, 13. Dezember, 19 1/2 Uhr, im „Wirtschafts- und Arbeiterklub“, Schöneberg, Kreismitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Friedrich Meier. Erscheinungsmäßig Mitglieder in Pflicht. Kommissar und „Republikische Arbeiter“ sind herzlich eingeladen. Nachher werden die Funktionen erlaubt, insbesondere die Arbeiter unserer Kinder zwecks Weihnachtsfeier dem Genossen David einzuwenden.

Heute, Dienstag, 13. Dezember:

8. Abt. Die Büten für die Weihnachtsfeier sind in der heutigen Funktionshaus unbedingt abzurufen.

Morgen, Mittwoch, 14. Dezember, 19 1/2 Uhr:

Mitgliederversammlungen und Zahlabende.

1. Abt. Schulze, Auguststr. 68, Vortrag: „Der Kontrast des Bürger- und Arbeiter- Lebens“. Referent: Genosse Meier.
2. Abt. Ohrensch, Kommandantenstr. 88, Vortrag: „Landarbeiter und Sozialdemokratie“. Referent: Genosse Meier.
3. Abt. Saal 3 des Gewerkschaftshaus, Coudoustr. 14, Vortrag: „Heilmittel und Heilmittelabende“. Referent: Dr. med. Doct. Dr. Meier.
4. Abt. Schulze, Kleine Kanalstr. 6, Vortrag: „Die innere politische Bewegung“. Referent: Genosse Meier.
5. Abt. Rosenhölzer Hof, Rosenhölzer Hof, 11/12, Vortrag: „Einführung in die Arbeiterbewegung“. Referent: Genosse Meier.
6. Abt. Wilhelmstr. 24, Vortrag: „Die Arbeiterbewegung in diesem Monat“. Am 13. Dezember im Lokal „Ambera in Oberhavelnweide, Wilhelmstr. 24, Besondere Mitteilung der Arbeiter. Nachher Clara Schumann. U. d. A. nach der Besichtigung des Arbeiterklub.
7. Abt. Cornus, Gellertstr. 6, Vortrag: „Schulungsausschuss“. Referent: Genosse Meier.
8. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier. 9. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier. 10. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
11. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
12. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
13. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
14. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
15. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
16. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
17. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
18. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
19. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
20. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
21. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
22. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
23. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
24. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
25. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
26. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
27. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
28. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
29. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
30. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
31. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
32. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
33. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
34. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
35. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
36. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
37. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
38. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
39. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
40. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.
41. Abt. Pöhlchen, Gellertstr. 6, Referent: Genosse Meier.

Esst mehr Früchte, und Ihr bleibt gesund!

Lieben Leute!

(Es ist aber auch eine ganz entzückende Auswahl von Kinderkleidung, die Ihnen bei uns zur Verfügung steht. Unter voller Berücksichtigung aller Herzenswünsche Ihrer Lieblinge, ohne doch die praktischen Gebote von Zweckmäßigkeit und Strapazierfähigkeit außer acht zu lassen.

Und alles so sehr preiswert daß Sie nach Herzenslust schenken können.)



5 50
Der eleganteste Kindermantel mit schönem Plüschbesatz. Rückenfaß. Tasche. Gr. 60. Wz. Gr. +0.75

8 50
Mod. Kinder-Md. aus Valours m. Über-Korn. Krage u. Seil-Kasins. Gr. 60. Wz. Gr. +0.75

9 75
(and. entspr.) Compote Kinderkleidchen aus pr. Poplin mit modernem Plüschrock. Größe 60-90

3 75
Sehr schönes Kindermantel. Am Kragen u. Stulpen mit Krimmer garniert. Gr. 60. Wz. Gr. +0.50

6 00
(and. entspr.) Kinderkleid aus guter Poplin-Ware in moderner Kasackform. Größe 60-90



4 75
Niedliches Baby-Kleidchen mit Faltropfen. Ganz Poplin. in Größe 45 (and. entspr.)



Oranienstr. 40
Am Oranienplatz
Chausseestr. 113
Beim Stettiner Bkt.
Königstraße 33
Am Bkt. Alexanderplatz

Am Sonntag, den 18. Dezember sind unsere Geschäftsräume von 2-6 Uhr ununterbrochen geöffnet!

Einem Festtage folgt am Sonntag, dem 10. Dezember, der feierliche Antritt unserer Verbände: der Arbeiterschmiede-Kongresse im Arbeitersaal der Stadt Berlin, 10/11, Schöneberg.

Friedrich Wiesecke
Wir verlieren einen treuen Kameraden, der mit allen Seelen im Interesse der Arbeiterbewegung 25 Jahre tätig war. Ein ehrendes Andenken ist ihm gewidmet.

Centralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 14. Dezember, 10^{1/2} Uhr, auf dem Friedhof der Friedrichshagen-Gemeinde, Doppelallee 14/17, statt.

Todesanzeige.
Am Sonntag, dem 10. Dezember, verstarb plötzlich und unerwartet unser h. verehrtes Mitglied des Vorstandes, Herr

Friedrich Wiesecke
Ziel erfüllt steht vor dieser Tafel, denn wir verlieren in dem 35-jährigen einen treuen Mitarbeiter und einen Berater, der mit ganzer Hingabe im Dienste der Sozialversicherung seine Pflicht erfüllte.

Sein Andenken wird in unseren Herzen stets weiterleben.

Der Vorstand und die Angehörigen der Gewerkschaft-Jungung u. Berlin.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 14. Dezember, 13^{1/2} Uhr, auf dem Friedhof der Friedrichshagen-Gemeinde, Doppelallee 14/17, statt.

Am 10. Dezember entfällt nach schwerem Leiden unser lieber Vater, Schwager und Großvater

der Tischlermeister
Karl Sarkander
im vollendeten 88. Lebensjahre

In tiefer Trauer
Geschwister Sarkander
Beerdigung am Donnerstag, dem 13. Dezember, 14 Uhr, von der Halle des alten Gemeindefriedhofes Rindowstr. 10/11, Rindowstr.

Geschenkliteratur
Ganzleinen geb. mit Deckelprägung

ADOLPH HOFFMANN
AMORETTEN
Giftpflanzen aus demergarten der Liebe - 104 Seiten stark. - V. Pädagogen, Aerzten, Juristen und Presse glänzend beurteilt

Spätherbstblüten
Gedichte und sänger. Lebensbilder
Mit Porträt u. Faksimile des Verfassers, sowie 6 Vollbilder u. Sicherheitsnetze auf Kunstdruckpapier von WILLI STEINERT

Jedes Buch **2 M.** Porto u. Verpack. 0,25 M.

Zu beziehen durch:
Sämtliche Vorwärts-Ausgabestellen und deren Botenfrauen

Zu noch niedrigeren Preisen bringen wir

Stores, Gardinen, Bettdecken

Künstler-Gardinen in besten Qualitäten für 3,90, 7,50, 8,90 M.
Halbstores in allen Webearten 1,75, 4,50, 8,50 M.
Gardinen-Reste fast 100% auswärts zum halben Preis. - Einzelverkauf von 9-7 Uhr. -

Spezial-Gardinen-Werkstätten:
Neukölln, Bergstr. 67
2 Stock, am Ringbahnhof
Kein Laden!

Küchen
noch zum alten Preis

„Erika“-Küchen	43 M.	25 M.
„Erika“-Küchen „Hansa“	55 M.	118 M.
„Erika“-Küchen „Lina“	105 M.	185 M.
„Erika“-Küchen „Lina“	135 M.	185 M.
„Erika“-Küchen „Lina“	43 M.	55 M.

Ausstellung feiner Rheinischer Küchen.
Küchenmöbel-Haus
Laserstein, Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Größte Produktion der Welt!

OPEL

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtaufgabe der „Vorwärts“ und trotzdem billig!

Sowohl Vorrat reich! Frisch geschichtete Junge, prachtvolle

Gänse 1.10
11 u. 16 Pfd. schwer, einigl. Geschmack Wegner, Berlin 50 Mariannenstraße 34 im Gänseklein.

Männer!

Sie kennen **Okasa** noch nicht!

(nach Geheimrat Dr. med. Lohmann)

Wir geben Ihnen Gelegenheit, das tausendfach bewährte Sexual- u. Nervenstärkungsmittel kennen u. schätzen zu lernen. Wir versenden **umsonst 30 000 Probepackungen!**

Verlangen Sie hochinteressante und schöne und legen Sie 20 Pf. in Doppelbrief-Form bei. Sie erhalten diese sofort in verschlossener Briefumschlag ohne jeden Aufdruck.

Wir bitten noch bei 1 Probepackung, Urteile von Ärzten u. Angehörigen dankbare Verbräucher. Ihr Misstrauen wird schwinden, denn Sie werden sich selbst von der vorzüglichen Wirkung überzeugen! Original-Packungen zu 2,50 Mk. erhalten Sie in den Apotheken, die Probepackung aber nur auf schriftl. Anford. durch das Generaldepot Radlows Kronen-Apothek, Berlin W. 61, Friedrichstr. 100

Familien-Anzeigen

L. Juergens
Alexanderplatz

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Größter deutscher Übersee-Passagierdienst
einzigste deutsche Linie
mit regelmäßigen direkt. Abfahrten
m. Doppelschraubendampfern
für Reisende und Auswanderer von Bremen nach

CANADA

Nähere Auskunft über Einreisebedingungen u. Abfahrten erteilt
Berlin: Norddeutscher Lloyd, Agentur Berlin G. m. B. H., Unter den Linden 61 (Hotel Adlon)
F. Montanus, Generalvertretung des Norddeutschen Lloyd, Invalidenstr. 93 zwischen Lehrter u. Stettiner Bahnhof

Längst hat die Hitze festgeklammert:
Was nützt der Urlaub, fehlt das Geld?
Ihr Wohlfahrtslos gewann - jubelnd!
Im Sommer fährt sie an die See!

Vertraue auch du dem Glück! Nimm ein Los der Arbeiter-Wohlfahrts-Lotterie!

Arbeiter, Angestellte und Beamte

sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, des Afabundes, des Allgem. deutschen Beamtenbundes und der Genossenschaftstage nur versichern bei dem eigenen Unternehmen der

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche
Versicherungs-Aktiengesellschaft

Auskunft erteilt bzw. Material versendet kostenlos die Rechnungsstelle | Berlin 5 42, Ritterstr. 126, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58-59.

Die Eisenarbeiter im Abwehrkampf

Erklärungen des Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Im Gebäude des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes fand am Montag eine Pressebesprechung statt, in der der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Reichel, den Standpunkt der freien Gewerkschaften im Eisenkonflikt begründete. Die Aussprache förderte eine Reihe von Tatsachen zutage, die von entscheidender Wichtigkeit für die Beurteilung des Kampfes sind. So hatten die Unternehmerverbände durch ihre Presse immer wieder erklären lassen, daß die Einführung des Dreischichtensystems allein ein Kapital von 100 Millionen Mark für den Wohnungsbau erfordere. Egger vom ADGB konnte dazu feststellen, daß diese Behauptung in den Verhandlungen niemals aufgetaucht ist. Die Unternehmer nehmen sie also selbst nicht ernst genug, um sie vor den Gewerkschaften und vor Fachleuten vorzubringen. Auch die Besorgnis, daß nicht genügend Facharbeiter zur Verstärkung der Belegschaften vorhanden seien, konnte als unbegründet nachgewiesen werden. Einmal sind noch beträchtliche Mengen von gelerntem Metallarbeitern erwerbslos; sie wohnen zum Teil noch in den wichtigsten Produktionsorten und stehen für die leichtere Dreischichtenarbeit zur Verfügung, auch wenn sie, was vielfach geschehen ist, mittlerweile berufsfremd wurden, weil sie den Strapazen der Zwölftundenschicht in der glühenden Temperatur nicht gewachsen waren.

In dem Hauptreferat führte Genosse Reichel etwa folgendes aus:

Die deutsche Eisenindustrie hat der Menge und dem Absatz nach nahezu die Stellung in der Weltwirtschaft von früher wieder erreicht. Entscheidend ist die Steigerung des Innenabfahes.

Im alten Gebiet wurden 1913 an Rohstahl 18,9 Millionen Tonnen, 1927 im jetzigen Gebiet 17 Millionen Tonnen produziert. Maßgebende Eisenindustrielle schätzen die Erzeugung im laufenden Jahre noch höher ein. Auf den jetzigen Gebietsumfang 1913 bezogen betrug die Produktion 12,2 Millionen Tonnen gleich einer Steigerung von 41,32 Proz. 1927, im Vergleich zu 1925 mit 10,2 Millionen Tonnen beträgt die Steigerung 70 Proz. Infolge der Rationalisierung konnte diese außerordentliche Produktionssteigerung durchgeführt werden.

Nach den Absatzgebieten hat sich allerdings eine erhebliche Verschiebung vollzogen. Die deutsche Schwerindustrie hat nicht mehr den Charakter einer starken Exportindustrie. 1913 betrug ihre Ausfuhr 786 Millionen Goldmark, 1926 651 Millionen Goldmark gleich 17 Proz. Rückgang. Die Maschinenindustrie hatte demgegenüber nur einen Rückgang von 10 Proz.

Die Schwerindustrie weist also auf eine immer stärkere binnenwirtschaftliche Orientierung hin.

Es ist deshalb von diesem Gesichtspunkte aus nicht von entscheidender Bedeutung, wenn einige westliche Konkurrenzländer zurzeit etwas geringere Herstellungskosten haben. Dagegen könnte der Eisenabfall im Inland noch wesentlich gesteigert werden, wenn es z. B. durch eine vernünftige Antiepileptik gelänge, die Bautätigkeit anzukurbeln.

Der Achtfundentag wurde den Arbeitern nach Abschluß des Abwehrkampfes genommen. Das hat starke Erbitterung bei den Arbeitern ausgelöst. Nach aller Erfahrung wirkt die Arbeitszeitverkürzung produktionssteigernd; sie reizt zu technischen Verbesserungen an. Bei der Hüttenindustrie muß dabei in Betracht gezogen werden, daß die Leute bisher die Hälfte, zukünftig ein Drittel ihres Lebens in Nacharbeit zubringen müssen.

In heißer Glut und qualmerfüllten Räumen, die kalte Zugluft im Rücken, müssen sie schwer schaffen.

Die Ruhe am Tage ersetzt nicht den erquickenden Schlaf der Nacht, dessen wir uns alle erfreuen. Vom „schmerzhaften“ Achtfundentag kann angesichts der Arbeitsweise der Hüttenwerke nicht die Rede sein. Im übrigen müßte die Forderung auf Unterstellung aller Hüttenarbeiter unter den Achtfundentag jetzt angemeldet werden, weil die jetzt anzubahnende Veränderung die Durchorganisation des ganzen Hüttenbetriebes in der Richtung der dreigeteilten Schicht bedingt.

Von höheren Lohnforderungen kann keine Rede sein. Der tarifliche Stundelohn beträgt 76 Pf.; er soll auf 86 Pf. die Stunde heraufgehoben werden. Das Durchschnittslohneinkommen der Hüttenleute beträgt 2563 M., der Index 150,6. Der Schichtverdienst wird nur durch stärkste Anspannung der Körperkraft und Gesundheit erreicht.

Daß die Lohnforderungen der Gewerkschaften mit dem Dreischichtensystem zusammenfallen, ist nicht unsere Schuld. Wir haben rechtzeitig auf die innere Verbundenheit der Werke hingewiesen. Nachdem die Unternehmer die Durchführung der zurzeit zur Debatte stehenden Verordnung sabotiert haben, dem Arbeitsministerium und den Gewerkschaften schärfsten Kampf anboten, haben sie das moralische Recht erworben, sich über die jetzt auf einmal kommende höhere Belastung zu beklagen. Die Unternehmer haben den sozialen Kampf eröffnet.

Auch die sozialen Bewegungen haben ihre besonderen Gesetze.

Eine Sache einmal angefaßt, drängt mit innerer und wachsender Gewalt zur Lösung.

Man kann der Arbeiterschaft die Aufgabe eines Rechtstitels nicht zumuten, der ihnen durch die Verordnung gegeben worden ist.

Ich wende mich auch gegen die von den Vereinigten Stahlwerken vorgelegten großen Zahlen, die eine Mehrbelastung von 100 Millionen Mark als Folge der Gewerkschaftsforderungen angeben. Eine Nachprüfung hat ergeben, daß eine restlose Erfüllung der Forderungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes einen

um 22 1/2 Millionen Mark geringeren Aufwand

bedingt, als ihn die Unternehmer berechneten; ungerechnet der zahllosen inneren Vorteile der Betriebe, die durch eine andere und zweckmäßigere Verteilung der Arbeiter in betriebstechnischer Hinsicht entstehen. Es müßten etwa 28 Proz. mehr Arbeiter eingestellt werden. — Dazu tritt aber eine Produktionssteigerung durch die anfallende größere Zahl von Produktionsstunden. Für die „Westa“ wiederum ergibt sich theoretisch eine

Produktionssteigerung von 1,6 Millionen Tonnen Rohstahl pro Jahr.

Selbst wenn das nur in Verbindung weiterer technischer Verbesserungen erreichbar sein sollte, so wird doch unverkennbar eine Leistungssteigerung für die Werke mit dem Uebergang vom veralteten Zweischichten- zum modernen Dreischichtenbetrieb verbunden sein. Ein Teil der Werke, namentlich Stahlwerke ohne Hochöfen, glauben überdies, das anfallende Quantum Stahles an den Walzenstraßen in zwei Schichten à 8 Stunden ausarbeiten zu können. Das Stahlwerk Riexa, auch Ruhrwerke haben das erklärt.

Das Gesamtbild für die Eisenindustrie ändert sich meiner festen Ueberzeugung nach wesentlich, wenn man alle diese inneren Vorteile moderner Betriebsführungen berücksichtigt. Die dreigeteilte Achtfundenschicht ist nicht nur ein Gebot sozialen Entgegenkommens an die Arbeiter, sondern sie bringt im Endeffekt auch eine Hebung der deutschen Eisenerzeugung.

Die Stilllegungsanträge der Schwerindustrie haben die Lage verschärft. Sie sind in erster Linie ein scharfer Druck auf den Staat; sie müssen sich aber auch gegen die Gewerkschaften auswirken. Redner erinnert daran, daß die Krupp-Werke ihre Arbeiter aufgefordert haben, einen Revier zu unterschreiben, in dem sie auf den Achtfundentag verzichten sollen. Ein in der Geschichte der deutschen Wirtschaft beispielloser Wirtschaftskampf muß entbrennen, wenn nicht in letzter Stunde eine auch für die Arbeiter tragbare Entscheidung fällt.

Die im Deutschen Metallarbeiterverband vereinigten Metallarbeiter sind zum Kampf seit langem gerüstet. Aber wir kämpfen nicht, wie das gelegentlich in der Presse unterstellt wird, um eine andere Gewerkschaftsrichtung totzustreichen, sondern wir kämpfen um die technische und soziale Erneuerung der deutschen Wirtschaft, um der Sache willen, um den kulturellen und wirtschaftlichen Aufstieg. In diesem Kampf hat der Deutsche Metallarbeiterverband allein 65 bis 68 Proz. der gesamten deutschen Hüttenarbeiter, die seiner Organisation angehören, hinter sich. Der Kampf kann von uns mit gutem Gewissen und mit Aussicht auf Erfolg aufgenommen werden.

In Beantwortung von Anfragen über die gewerkschaftliche Taktik erklärte Reichel, daß die Gewerkschaften nicht beabsichtigten, den Kampf gegen das Reichsarbeitsministerium zu führen, wenn dieses darauf beharrt, daß die Arbeitszeitverordnung lokal durchgeführt wird. In diesem Falle sind die Unternehmer nach Meinung der Gewerkschaften auch zur Zurücknahme der Stilllegungsanzeigen verpflichtet. Geredet werden muß allerdings damit, daß eine Anzahl von Werken, die bisher noch mit durchgeschleppt wurden, aber seit langem unwirtschaftlich arbeiten, ihren Betrieb einstellen müssen. Reichel bestätigte, was die Leser des „Vorwärts“ bereits aus den Berichten aus dem Industriegebiet wissen, daß Neuanmeldungen zum Metallarbeiterverband in einer solchen Menge erfolgen, wie es seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen gewesen ist.

Umbreit vom ADGB stellte in den Vordergrund, daß sich der Kampf der Unternehmer gegen die Staatsautorität richtet, die durch das Reichsarbeitsministerium verkörpert wird. Die Gewerkschaften könnten in diesem Kampfe mit Gewehr bei Fuß bleiben, wenn sie nicht wüßten, daß für die Arbeiterschaft dabel viel auf dem Spiel steht und daß sie sich daher hinter die Staatsautorität stellen müßten.

Egger wies in seinem Schlußwort noch darauf hin, daß ohne einen scharfen Druck der Produktivkräfte auf die deutsche Wirtschaft das Ziel einer sozialen Besserstellung des ganzen Volkes nicht erreicht werden kann, und daß die Schwerarbeiter der schweren Industrie in ganz besonderem Maße den Anspruch haben, der im Ausland und in anderen Berufen längst durchgeführten achtfundigen Arbeitszeit teilhaftig zu werden.

Szenenwechsel bei der Usa.

Nach Amerika ein Großvertrag mit England.

Die Hugenbergsche Universal-Film-A.-G. scheint die unter der früheren Leitung eingegangene enge Verbindung mit amerikanischen Filmkonzernen endgültig lösen und ihr Geschäft mit einem englischen Großkonzern der Filmindustrie versuchen zu wollen. Die Londoner Blätter bringen spaltenlange Berichte über einen Vertrag, wonach die englische Gaumont-Gesellschaft, die in England etwa dieselbe Rolle spielt wie die Usa in Deutschland, mit der Usa nicht nur die Produktion austauscht, sondern auch Regisseure und Künstler. Die Londoner Blätter vertreten den Standpunkt, daß durch die englisch-deutsche Transaktion die Stellung des europäischen Films — jedenfalls gegenüber Amerika — auf dem Weltmarkt ganz erheblich gestärkt werden wird. Bekannt ist, daß die englischen Filmbühnen sehr stark von Amerika beherrscht sind, und daß die englische Filmindustrie auf dem Weltmarkt einen sehr schweren Stand hat, selbst in den eigenen Kolonien Englands.

Vom deutschen Standpunkt aus darf man deshalb in die Kombination nicht allzuviel Vertrauen setzen. Offenbar ist aber, daß die Verbindung der Usa mit England sich gegen Amerika richtet, wobei es zweifelhaft bleibt, ob für die Usa dabei ein gutes Geschäft herauskommen kann. Jedenfalls wird sich die Usa bald darüber zu erklären haben, welche finanziellen Bedingungen an den Austauschvertrag geknüpft sind und ob Herr Hugenberg jetzt seine Usa schon mit englischem Kapital finanziert mit der lieblichen Folge, daß er seinen Wahlkampf für das deutsche Nationalinteresse mit dem Gelde des Dawes-Feindes ausfechten wird.

Eine gefährliche Zollnovelle.

Höhere Zölle für einzelne Automobilteile.

Die deutsche Automobilindustrie hat es mit sehr viel Mißgunst gesehen, daß die großen amerikanischen Automobilfirmen wegen der hohen deutschen Automobilzölle in Deutschland Montagewerksstätten errichtet haben und dabei davon profitieren, daß die einzelnen Automobilteile so importiert wurden, daß sie nicht nach den Zollsätzen für Automobile, sondern nach den niedrigeren Sätzen für Maschinenteile verzollt wurden. Offenbar will sie den gegenwärtigen, noch von der Rechtsblockadegeführten Reichstag dazu benutzten, diesen Dorn in ihrem Fleische wirkungslos zu machen. Sie hat in der Tat eine willfährige Regierung gefunden, die dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Zollgesetzes nach den Wünschen der Automobilindustrie zugereicht hat. Automobilteile sollen danach generell nicht mehr als Maschinenteile, sondern nach den Automobilzöllen verzollt werden.

In doppelter Weise ist die Gesetzesvorlage ein gefährliches Unternehmen. Einmal schlägt sie der vom Reich laut proklamierten Zollsenkungsaktion ins Gesicht. Zum anderen aber wird hier ein Präzedenzfall geschaffen, der die schwersten Beweidungen im internationalen Handelsverkehr mit sich bringen kann. Es war eine bisher von allen Ländern durchgeführte Übung, daß man die Zölle, sei es durch Errichtung von eigenen Fabriken im Ausland, sei es durch Errichtung von Montagewerksstätten und Einfuhr der Einzelteile, zu überspringen versuchte. Gerade die deutsche Industrie hat das nicht nur in der Vorkriegszeit, sondern auch in den letzten Jahren besonders nachdrücklich und auch mit Erfolg durchgeführt. Es ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß Amerika ebenso vorgeht wie Deutschland, wenn auch auf anderen Erzeugungsgebieten, und daß sich daraus die schwersten Komplikationen für die Zukunft ergeben. Das geschieht in einer Zeit, in der sich die Wirtschaftsdiplomaten aller Länder wenigstens scheinbar die Beine ausziehen, um die Handelshemmnisse zwischen den Völkern zu verringern.

Die Himmelsbach-Werke verkauft? Die „Konjunktur-Korrespondenz“ meldet, daß der Verkauf der Holz- und Sägewerke der in Konkurs gegangenen Gebr. Himmelsbach A.-G. erfolgt sei. Als Käufer wird die Firma J. J. Bominckel, Berlin-Charlottenburg, genannt, die zu den großen Firmen der Schwellen- und Maschinenindustrie gehört. Die Verhandlungen mit den Gläubigern sind also geschlossen. Ein Kaufpreis wird noch nicht genannt.

Neun Millionen für den Frühgemüsebau werden demnächst zur Verteilung kommen, und zwar im Rahmen der für die Gärtnereibetriebe bewilligten Kredite. Bereits im Juni v. J. hat das Deutsche Reich 5 Millionen zur Förderung der Gärtnereibetriebe zur Verfügung gestellt unter der Bedingung, daß die Länder ebenfalls den gleichen Kreditbetrag bereithalten. Preußens Anteil beläuft sich dabei auf rund 3 Millionen Mark. Bei einer Beschäftigungsreihe des Reichsernährungsministers im Rheinland hat dieser geäußert, daß die Verteilung der Kredite nunmehr erfolgen könne.

In die deutsche Wirtschaft bedroht? Der erste kontraktliche Aufbauabend der Gesellschaft der Freunde der Sozialistischen Monatshefte nimmt am 13. Dezember, 8 Uhr, im Reichswirtschaftsrat, Bellemeistr. 15, nach einem Referat Julius Kallikis zu dieser Frage Stellung. In der Rednerliste sind vorgemerkt: Georg Bernhard, W. d. R.-B., Arthur Feiler, W. d. R.-B., Dr. Richard Lewinsohn (Moros), Walter Loeb, Staatsbankpräsident a. D., Oskar Mülert, Präsident des deutschen Städtetages, Hermann Rohde, W. d. R.-B., Otto Schmeißer, W. d. R.-B. u. a.

Neue Osram-Christbaum-Kerzen
in anschlussfertigen Ketten.

Die ideale, gefahrlose
Christbaumbeleuchtung



Röhlers Angriff auf die Lohnsteuerentwurf.

Die Leg Brünning vor dem Reichstag. — Scharfe Kritik am Branntweinmonopol.

Präsident Lobe eröffnete die gestrige Reichstags-Sitzung mit der Mitteilung, daß als Nachfolger des gestorbenen Abg. Silberstein der Abg. Stollberg aus Burg bei Magdeburg eingetreten ist.

Ein Abkommen mit Dänemark über Zollvereinfachungen für gewisse genießbare Eingeweihe von Vieh dänischer Erzeugung wird dem handelspolitischen Ausschuss überwiesen. Ebenso ein Gesetzentwurf über Zolländerungen, wonach ein Teil von Motoren und Einzelteilen von Untergeräten für Motorwagen im Zolltarif einer Sonderbehandlung unterworfen werden sollen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, wonach die Lohnsteuer gesenkt werden soll.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

erklärt, daß die Vorlage bestimmt sei, die Leg Brünning auszuführen, wonach die Lohnsteuer zu senken sei, wenn der Ertrag in einem Jahre 1200 Millionen übersteige. Das sei jetzt eingetreten. Die Regierung schlage nicht eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags vor, wie die Sozialdemokratie es will, sondern eine Ermäßigung des Steuerfußes von 10 auf 9 Proz. Die Regierung schlägt außerdem eine Erhöhung der Familienermäßigungen vor. Sie sei der Meinung, daß nicht noch weiter Steuerpflichtige aus der Steuerpflicht herausfallen dürfen. Bei den veranlagten Steuerpflichtigen soll der Eingangssatz von 10 auf 9 1/2 Proz. gesenkt werden. Der Reichsrat hat die Vorlage durch die Streichung der Herabsetzung der Lohnsteuerbetrags von 10 auf 9 Proz. abgelehnt. Das sei außerordentlich zu bedauern. Die Reichsregierung halte demgegenüber an ihrer Vorlage fest, zumal die Länder mit der Ausführung der Leg Brünning hätten rechnen müssen.

Dr. Herß (Soz.)

kritisiert die späte Einbringung der Regierungsvorlage, die im Reichsrat in drei Tagen durchgepeitscht wurde und nun auch im Reichstage in wenigen Tagen erledigt werden soll. Für alle Schwierigkeiten, die daraus entstehen, trage die Regierung die alleinige Verantwortung. Diese Durchpeitscheri der Vorlage sei die Folge der zahlreichen Gegner, die sie auch innerhalb der Regierungsparteien habe, denen die Schonung der großen Einkommen und Vermögen wichtiger sei als die Schonung der Arbeitseinkommen. Die Regierung ist durch die Leg Brünning zur Einbringung eines Gesetzentwurfs verpflichtet. Die Leg Brünning bestimme, daß bei einem Uebersteigen des Aufkommens aus der Lohnsteuer von 600 Millionen Mark in sechs Monaten ein Gesetzentwurf vorzulegen ist, der eine Erhöhung der Abzüge bei kinderreichen Familien und des steuerfreien Betrags herbeiführt. Diese Voraussetzungen seien erfüllt, da die Lohnsteuer von April bis September 1927 640 Millionen gebracht habe.

Die Reichsregierung wolle ihrer gesetzlichen Verpflichtung aber nur insoweit nachkommen, wie es ihr paßt, sie gebe deshalb der Leg Brünning eine Auslegung, die mit ihrem tatsächlichen Inhalt in schärfstem Widerspruch steht. (Sehr richtig bei den Soz.)

Es sei nicht wahr, daß die Leg Brünning als Folge des Mißverhältnisses zwischen den Erträgen der Lohnsteuer einerseits, und der Einkommen-, Körperschafts- und Kapitalertragsteuer andererseits entstanden sei. Sie habe nur den Zweck, die Lohnsteuerzahler dagegen zu schützen, daß die Lohnsteuer mehr als 1200 Millionen Mark im Jahre erbringt. Die Reichsregierung wolle jetzt die Leg Brünning unerschrocken auslegen. Statt der Erhöhung der Lohnsteuerfreien Betrags schlage sie eine geringfügige Senkung des Steuerfußes vor. Sie wolle außerdem statt 1200 Millionen 1300 Millionen herausheben. Der Gesetzentwurf der Reichsregierung bringe also keine Erfüllung der Leg Brünning. Noch ungenügender ist der Vorschlag des Reichsrats. Sein Vorbehalt vom Jahre 1925 ist bedeutungslos. Vorbehalte des Reichsrats gegenüber Gesetzen, die der Reichstag beschließen habe, gibt es nicht. Es gibt nur einen Einspruch, den aber hat der Reichsrat nicht eingelegt. Die Länder sollen sich bei ihrer Gegnerrolle zur Leg Brünning von sehr engherziger, rein fiskalischer Erwägungen leiten. Sie seien Gegner einer sozialen Gestaltung der Steuerlast der Lohn- und Gehaltsempfänger. Der zwangswise Senkung der Realsteuern haben sie dagegen viel schwächeren Widerstand entgegengesetzt.

Die Länder haben bei der Lohnsteuer nur einen Anspruch auf Beteiligung an 1200 Millionen. Die unvorhergesehenen Mehrerträge der Lohnsteuer gehören ihnen also nicht. Wenn sie sie dennoch beschlagnahmen wollen, so zeigt das die große Gefahr, die der Partikularismus für jede soziale Politik bedeute. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Leg Brünning sei als Initiationsgesetz der damaligen und jetzigen Regierungsparteien entstanden. Sie tragen daher in erster Linie die Verantwortung für seine Ausführung. Das höhere Aufkommen aus der Lohnsteuer ist zum größten Teil die Folge des Steigens der absoluten und prozentualen Belastung der Lohnsteuerzahler. Die progressive Form der Lohnsteuer steigere die Belastung über die Zunahme des Lohnes hinaus. Steige zum Beispiel der Lohn um 10 Proz., so steige die Steuerbelastung um 25 Proz. Man müsse auch die Lohnsteuer im Zusammenhang mit der gesamten Massenbelastung betrachten. Während die Befreiung gesunken sei, sei die Massenbelastung trotz Abbaus der Umsatzsteuer noch ebenso hoch wie früher. Der sozialdemokratische Antrag auf gleichmäßige Erhöhung des Existenzminimums um 40 M. monatlich für jeden Lohnsteuerpflichtigen begrenze also den Ertrag der Lohnsteuer auf 1200 Millionen, mache die erhöhte Belastung rückgängig, sei ein Ausgleich für das Steigen der Massenbelastung.

Der Regierungsvorschlag ist gänzlich ungenügend. Er behaupte, es ständen nur 160 bis 170 Millionen für die Senkung der Lohnsteuer zur Verfügung. Das ist falsch, weil die Leg Brünning nicht 1300, sondern nur 1200 Millionen verlangt. Außerdem sei die Aufkommensberechnung der Regierung völlig willkürlich. Sie enthalte drei große Fehlerquellen und sei so irrtümlich aufgestellt, daß man zu dem Eindruck komme, als ob diese Fehler nicht zufällig entstanden, sondern bewußt in die Berechnung hineingebracht worden sind. Bei Ausschaltung dieser Fehler komme man zu dem Ergebnis, daß bereits jetzt 400 Millionen zur Senkung der Lohnsteuer zur Verfügung stehen. Dieser Betrag erhöhe sich wahrscheinlich auf etwa 600 Millionen, wenn man die Lohnentlastung des Jahres 1928 mitrechnet. Schon in der Vergangenheit habe sich ergeben, daß eine Steigerung der Löhne um acht Prozent zu einer Steigerung des Ertrages der Lohnsteuer von 21 Proz. geführt habe. Das sei ein Zusammenhang von grundsätzlicher Bedeutung.

Infolge der in der Lohnsteuer enthaltenen Progression muß jede Lohnsteigerung zu einer weit stärkeren Erhöhung des Lohnsteueraufkommens führen.

Die Vorlage der Regierung bringe also keine Erfüllung des gesetzlichen Anspruchs der Lohnsteuerzahler. Die Regierung sei erfüllt von einem Geist der Rücksichtigung gegenüber den Lohnsteuerzahlern, wie er bisher nicht hervorgetreten ist. Der Reichsrat habe sie nur für die reichen Leute, denen wolle sie gleichmäßig 41 Millionen Vermögenssteuer schenken. Der Reichsfinanzminister Dr. Köhler vertrete heute die entgegengesetzten Anschauungen als der Landesfinanzminister

Dr. Köhler im Jahre 1925. Den Absichten des Reichsfinanzministers steht die Sozialdemokratie deshalb im schärfsten Widerstand gegenüber und leistet ihnen Widerstand, soweit sie die Leg Brünning verhindern wolle. Die Lohnsteuerpflichtigen wünschen kein Almosen, sondern nur ihr Recht. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Gerde (Dnat.) bezeichnet die Rede von Dr. Herß als einen Verteidigungsversuch für die sozialdemokratischen Minister jener Landesregierungen, denen im Reichsrat die Regierungsvorlage noch zu weit gegangen sei. (Widerstand und Unruhe bei den Soz.) Die Finanzlage der Länder und Gemeinden würde wesentlich erleichtert werden, wenn die Lohnsteuer im Sinne des sozialdemokratischen Entwurfs geführt würde. Die Folge müßte sonst eine Erhöhung der Realsteuern sein. Der Minister sollte die Vorlage über die Minderhebung der Vermögenssteuer so beschleunigen, daß sie gemeinsam mit der Lohnsteuerentwurf im Steueranschluß beraten werden kann. Das ist man den Realsteuerpflichtigen schuldig. Die sich zum Teil in bedrängter Lage befinden als die Lohnsteuerpflichtigen. Die Regierungsvorlage entspricht durchaus dem Geist der Leg Brünning. Wir erwarten, daß man nicht nur den Lohnsteuerpflichtigen Erleichterungen gewährt, sondern auch den Realsteuerpflichtigen.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) macht dem Reichsfinanzministerium den Vorwurf, daß es durch sein Verhalten die rechtzeitige Erledigung der Leg Brünning umhüllig erschwert habe.

Die Geheimratsämter des Ministeriums im Ausschuss machte den Eindruck, daß man von der Mitarbeit an diesem Gesetz die Oppositionsparteien bewußt ausschalten wollte.

Die Darstellung des Ministers von der Entschloßung der Leg Brünning ist durchaus falsch. Das Gesetz verlangte ausdrücklich, daß der Lohnsteuerertrag nicht über 1200 Millionen steigen darf. Dieser Grundbestimmung des Gesetzes kommt die neue Regierungsvorlage nicht nach. Besonders erbitternd muß es auf weite schlechtbezahlte Arbeiterkategorien wirken, wenn der Reichsrat sagt, die Erhöhung der Beamtengehälter mache eine wesentliche Senkung der Lohnsteuer unmöglich.

Abg. Hölllein (Komm.) erklärt, es sei nicht der erste Fall, daß die Regierung und die Parteien der bestehenden Klassen bestehende Gesetze und Verfassungsbestimmungen einfach beiseite schieben, wenn sie ihnen nicht passen. Diese Bürgerblockparteien seien Dickhäuter, denen nicht mit Redespitzen, sondern nur mit Mistpöbeln beizukommen sei. Der Reichsrat verlangte die völlige Befreiung der Lohnsteuer.

Der Gesetzentwurf geht an den Steueranschluß.

Ein Spiritusmonopolgesetz.

Es folgt die erste Beratung der Entwürfe eines Spiritusmonopolgesetzes und eines Einfuhrmonopolgesetzes zum Spiritusmonopolgesetz sowie die Beratung des Berichtes des Rechnungshofs des Deutschen Reichs über die Prüfung der Bilanz und des Geschäftsbetriebes der Verwertungsstelle der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler leitet die Beratung dieser Vorlage mit kurzen Ausführungen ein. Der Entwurf der Regierung halte an dem Grundgedanken der bisherigen Branntweinsteuererhebung fest, die jetzt bestehenden Schwierigkeiten sollen durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen behoben werden. Die Opfer, die dafür erbracht werden sollen, müßten so verteilt werden, daß alle Gewerbetreibende etwas zu tragen hätten. Die Befreiung der Monopolwirtschaft lasse eine Erhöhung der Einnahmen daraus erwarten.

Abg. Eggerstedt (Soz.):

Seit der Abfassung dieses Gesetzentwurfes vor einem Jahre hat sich der Abgang der Branntweinmonopolverwaltung zwar etwas gehoben, aber die allgemeinen Verhältnisse haben sich keineswegs günstiger gestaltet. Das liegt vor allem an der Organisation der Verwaltung. Es handelt sich hier lediglich um ein Vertriebsmonopol, das an dem privaten Charakter der Erzeugung nichts ändert. Außerordentlich groß ist die Zahl der Brennereien, mehr als 30 000, von denen die Monopolverwaltung den Branntwein bezieht. Die große Zahl der kleinen Betriebe begünstigt die vielen Steuerhinterziehungen. 1924/25 sind gegen 8000 Befehlste Straverfahren eingeleitet worden, die verhängten Strafen haben 15 Millionen Mark eingebracht. Wahrscheinlich war aber die Steuerhinterziehung wesentlich höher. In England, wo man diese Zerstückelung nicht kennt, sind die Einnahmen aus dem Branntwein neunmal so hoch als bei uns, dafür ist aber die Zuckersteuer wesentlich niedriger. Das neue Gesetz will durch verschiedene Maßnahmen der Schwarzbrennerei und dem Alkoholmuggel begegnen. Aber es ist nicht zu erwarten, daß die dabei bestehenden Mängel behoben werden. Die Befreiung der Brennereien und der Uebernahmepreise, wie der ganze Geschäftsbetrieb bis her zum Beirat bestimmt worden, an dessen objektiver Einstellung wir sehr zu zweifeln hatten. Die Mehrheit des Beirats bestand aus Interessenten. Wir haben ja oft genug an der Tätigkeit dieses Beirats Kritik üben müssen, und was die Regierung in ihrer Denkschrift darüber ausführte, dachte sich ganz mit dem, was wir vortrachten.

Die Interessentengruppen haben das Monopol bisher für sich ausgenutzt, der dadurch dem Reich erwachsene Schaden ist von der Verwaltung selbst auf 100 Millionen Mark berechnet worden.

Die Vorlage ändert an dem bisherigen Zustand nichts, der Beirat soll lediglich Verwaltungsrat heißen und die Mitglieder sollen von den großen Wirtschaftsverbänden ernannt werden. Schon meinten sich aber die Interessentengruppen wieder, damit „Nachmänner“ in den Verwaltungsrat kommen.

Eine bessere Rentabilität wird das Monopol nur dann erzielen, wenn der Branntwein dort erzeugt wird, wo das am billigsten ist, das heißt in den Großbrennereien. Nun sagt man, die Landwirtschaft brauche die Schlampe, daher könne man die landwirtschaftlichen Brennereien nicht aufheben. Dabei muß die Monopolverwaltung an diese Betriebe einen Uebernahmepreis zahlen, der weit über Weltmarktpreis liegt, und daraus ergibt sich die Verlustquelle für das Monopol. 81 Mark ist der Selbstkostenpreis, zu 30 M. muß der Branntwein für gewerbliche Zwecke abgesetzt werden. Wie lange soll das Reich diese Verluste noch tragen?

Wenn wir die Verhältnisse bessern wollen, dann müssen wir die Verwaltungsorganisation ändern und die Uebernahmepreise erhöhen.

Von diesem allerschwachen Reichstag ist allerdings keine grundlichere Reform zu erwarten. Wir wollen der Landwirtschaft helfen, aber nicht durch persönliche Bereicherung von Leuten, die es nicht nötig haben. Wir werden in der Beratung im Ausschuss eine Reihe von Forderungen erheben, erst wenn diese erfüllt sind, ist eine Besserung im Branntweinmonopolwesen zu erwarten. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) wendet sich gegen die Behauptung, als ob die kleinen Brenner in Süddeutschland die meisten Schwarzbrennereien begangen hätten. Eine viel größere Schuld daran hätten die großen Brennereien. Die Frage der Zusammenlegung des Verwaltungsrats müsse noch sorgfältig geprüft werden, damit nicht das Reich die Herrschaft über das Monopol verliere. Es

dürfte nicht haben kommen, daß das Branntweinmonopol ein selbständiges Unternehmen werde wie die Reichsbahn und die Post.

Der Entwurf wird dem Steueraussschuß überwiesen.

Das Haus geht dann die Beratung des Berichtes über die Entschädigungen an die Ruhrindustriellen fort.

Abg. Rosenbaum (Komm.) begründet einen kommunistischen Antrag, wonach der Reichstag der Regierung wegen Verletzung des Staatsrechts des Reichstags vor den Staatsgerichtshof gestellt werden solle. Der Redner polemisiert ausführlich gegen die sozialdemokratischen Minister der Großen Koalition und fordert die Arbeiter auf, sich endlich von der Sozialdemokratie loszusagen.

Nach dieser Rede, die vor sehr geleertem Hause gehalten wurde, beantragt Abg. Müller-Frank (Soz.) die Vertagung der Sitzung. Die Abstimmung ist erst zweifelhaft. Beim Hammeleprung bleiben die Sozialdemokraten und die Demokraten außerhalb des Saales, so daß nur 162 Stimmen abgegeben werden. Das Haus ist beschlußunfähig.

Abg. Dr. Richter beruft die nächste Sitzung ein für Dienstag vormittag 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Beschlusssammlung.

Schluß der Sitzung etwa 19 Uhr.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Geschäftsstelle: Berlin S. 16, Scharfweberstr. 27/28, Tel. 17.
Montag, 13. Dezember. Friedrichshagen: Schützenabteilung Antreten in Panzerführung 18 1/2 Uhr am Stadthof, Waidmarkt Straße zur Fahrt nach Schöneberg. Samstag 20. M. Reichsbanner 4. Kameradentag pünktlich 20 Uhr Kameradentag im Saal des Reichsbanners, Aufbruchstraße, Mühlentempel. — Donnerstag, 15. Dezember. Grenzläufer (Vereine): Kameradentag Robert Blum bei Alva, Langjahr Str. 71. Kameradentag Heinrich Wirth 20 Uhr im bekannten Lokal. Versammlung. — Berlin-Mitte: Di., 13. 19 Uhr, Quallied im Arbeiterklubhaus. — Wedding: Di., 13. 19 Uhr, Antreten aller Kameradentag bei zu 21 Jahren am Hof, Köpenick, Reichsplatz 40 Pf. — Köpenick: Samstag, 16. 12. 20 Uhr, Vereinsabend Sportplatz Friedrichshagen. Das gesamte Landvolk ist herzlich willkommen. — Uebungsabend.

Deutscher Sozialistischer Studentenbund. Mittwoch, 14. Dezember, in den Räumen des Bundes, W. 6, Albrechtstr. 11. 20 Uhr, Individualistischer Kasinobesuch. Es sprechen Prof. Paul Dietrich, Hochschullehrer und Sozialist, und Dr. Karl Hilgenberg. Die Auffassung der verschiedenen Studentenvereine — und was nun? — Juchmann einleiten. Kreis Aussprache. Versammlung Sozialistischer Studentenschaft. Große Hof, Fr. Weg. Mittwoch, 14. Dezember, 19 Uhr, Schulaula (Kongressstr. 33/34) (Schulhof Friedrichshagen). Kreisversammlung sozialistischer Republikaner. Donnerstag, 15. Dezember, 20 Uhr, Kommandostr. 44, Kommandantenstr. 44, öffentlicher Vortragabend mit Aussprache „Deutschland eine Arbeiterrepublik“ Referent: Max Müller. — Di., 13. 19 Uhr, Schulaula (Kongressstr. 33/34) (Schulhof Friedrichshagen). Berlin: Sozialistischer Vereinigung. Montag, 13. Dezember, 20 Uhr, Aula 4, Friedrichshagenstraße, Georgenstr. 30/31 (Zahnel Reichsstraße), spricht Dr. Martin Tücher über: „Nationalismus, Sozialismus, Religion“.

Ordnungs- und Oberaufsicht des Bundes der freien Schulgenossenschaften Deutschlands. Offentliche Versammlung: Freitag, 16. Dezember, 20 Uhr, bei Uebungsabend, Wilhelmstr. 104. Tagesordnung: Die Arbeit der Schulgenossenschaft. (Bericht von einer Studientour.) Referent: Schulleiter A. Bomben. Um recht gute Beteiligung wird gebeten.

Reichsbanner der Arbeiterkassen, Arbeitervereine und Arbeitervereine. West Berlin. Bezirksversammlung Dienstag, 13. Dezember, 20 Uhr, im Röhrenhaus, Wilmersstr. 104. Bericht über den Zustand der Reichsbannervereine. Westberliner.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachtr. verb.) Erwas milder, meist trübe ohne wesentliche Stürme; leichte Luftbewegung. — Für Deutschland: Im westlichen und mittleren Deutschland keine Niederschläge, im Südosten ziemlich trübe, vereinzelt Schnee, in Ostpreußen Aufweitung.

Vergrößerungsbau des „Seiden-Leiser“.

Das erst im Vorjahre eröffnete Geschäft, Tauentzienstraße 17, erwies sich bereits als zu klein. Nach dem jetzt beendeten neuen Ausbau umfassen die Verkaufsräume das ganze Erdgeschoss, erweitert durch einen Anbau nach dem Hof und das ganze erste Obergeschoss, so daß nun eine sechsfach vergrößerte Grundfläche zur Verfügung steht. Alles, was den bisherigen Miethauscharakter der oberen Stockwerke betonte, wie Erker, Balkone, Fensterverzierungen usw., mußte fallen, und die Geschosse werden jetzt vollständig beherrscht von stark hervortretenden Brüstungsbändern, die eine dauernde künstlerische Grundlage für die Reflektorbeklebung geben. Ein großes Rahmenprofil löst die in Glas aufgelöste Front der beiden Verkaufsgeschosse zusammen. Warmer, brauner Marmor aus Ägypten, in Verbindung mit deutschem Travertin sind für die Steinverarbeiten verwendet worden. Die innere Einrichtung wurde, dem glänzend-schimmernden Verkaufsmaterial entsprechend, in leuchtenden, frohen Farben gehalten. So wählte man für das Erdgeschoss ein phantastisch geflammtes Mahagoni, zu dessen warmer Lösung Sessel in königlichblau abgetimmtem sind; in den Schaufenstern wachsen pompöse Paraden aus Mahagoni, Treppe und Treppenhilfen in gestreiftem Mahagoni schwingen sich festlich nach oben und münden in einen großen hellen Raum in blondem poliertem Holz mit artikuliert abgetimmten Bezügen. In besonderen Lichtzimmern kann die Ware bei Tagesoder bei künstlichem Licht besichtigen und gewühlt werden, ungestört durch die Mode-Feilschreier, ein hübscher Erfrischungstraum. Tisch- und Telefonablagen tragen für des Kunden Bequemlichkeit Sorge. Durch eine mechanische Lüftungsanlage wird die Luft ständig und gleichmäßig erneuert. Für den gut gelungenen Bau zeichnen Architekt Dr.-Ing. Frommer und Dipl.-Ing. Domann.

Das Schaufenster im Bauhausstil. Der neuen Richtung in der Architektur, Inneneinrichtung und im Kunstgewerbe passen sich in erster Linie die Berliner Geschäftshäuser im schnellsten Tempo an. So hat das bekannte Strumpfhaus Meyger, Tauentzienstraße 18, nach völliger Umbau seiner dortigen Filiale eine neuartige Schaufenstereinfachung: Würfelrahmen aller Art, nach einem besonderen Spritzverfahren behandelt, sind in unregelmäßigem Aufeinanderstapeln zu kubistischen Formen zusammengefügt, dazwischen wirkt die gestrichelte vertikale Linie als belebendes Element. Die Räume selbst sind hell gehalten und wirken in ihrer Verkleidung aus Mahagoni und Kupferholz schön und vornehm. Moderne Vitruven und Beleuchtungskörper, weinrot tapetizierte Anprobeklosetts vervollständigen den Eindruck einer modernen, behaglich-zweckmäßigen Verkaufsstätte.

„Am Weihnachtsbaum die Lichter brennen...“ Wer die praktischen und feierlich wirkenden Osram-Christbaum-Laternen einmal an seinem Weihnachtsbaum angebracht hat, will sie niemals mehr missen. Sie verbrauchen außerordentlich wenig Strom, sind ohne Schwierigkeit am Baume rasch befestigt und mit der Lichtleitung verbunden und erlösen jung und alt durch ihr helles, festliches Licht und durch ihre edle, schöne Form. Rauschlich sollen in kinderreichen Familien möchte man ihre Anwendung dringend empfehlen.

Jetzt können Sie noch in Ruhe kaufen
Jetzt werden Sie noch in der gewohnt
sachlichen Art beraten
Jetzt finden Sie noch die größte Auswahl



Grünfeld

Oberhemd
Farbig Seidenglanz-Popelin in
schönen Streifen und Karos.
Brust: Mittelweite, mit Klapp-
stulpen 11.-

Krawatten
Blenden schwarz, reine Seide
in vielen Mustern M. 2.90

Berlin W 8, Leipziger Strasse 20-22

Hochzeit unter Bürgern.

Von Otto Franz Heinrich.

Sobald der Mensch geboren ist, erweist man ihm eine besondere Freundlichkeit und giebt ihm eine Schale kaltes Wasser über sein noch ungeklärtes Haupt. Das ist wohlwollend, und deshalb fängt er an zu schreien; das geht er fort, bis er zur Schule geht; dann schreibt der Lehrer und er hat Pause, bis er heiratet. Heiraten ist Sitte, bei un- und kultivierten Völkern. Bei kultivierten Völkern nennt man es Hochzeit. Hochzeit kommt von: hohe (höchste) Zeit. Der Begriff läßt sich näher schwer erklären, ohne Einstein zu Hilfe zu nehmen.

Gewöhnlich macht ein Mann und eine Frau zusammen Hochzeit, weil es Staat und Kirche nicht anders zulassen und die Frauen später die Hausverwaltung übernehmen können. Hochzeit ist sehr schön, deshalb freut man sich sehr — vorher, wie man sich auf schöne Dinge immer vorher freut. Man geht oder fährt zum sogenannten Standesamt, einer staatlichen Einrichtung, die viele Beamte ernährt. Diese Beamten sind sehr höflich, wie moderne Scharfrichter. Auf dem Standesamt schreibt man seinen Namen in eine Urkunde. Dann ist man verheiratet und darf sich auf der Straße küssen, ohne daß die Polizei etwas dagegen aussprechen kann. Manche fahren auch in die Kirche. Dort ist es sehr feierlich, trotzdem gelungen wird. Der Geistliche hält eine Rede, in der er dem Brautpaar das Wort Liebe erklärt. Viele sind davon sehr ergriffen, manchmal auch das Brautpaar. Wenn das der Fall ist, weint die Braut gewöhnlich — warum, weiß ich nicht — aber der Bräutigam darf es nicht, weil er vielereit zu denken hat: z. B., ob der Wein gut temperiert ist und ob er im Zollhaus einen vorteilhaften Eindruck auf die Freundinnen seiner Frau macht. Diese Freundinnen wünschen alle Glück, und manche von ihnen behaupten, die Kinder, die vor dem Brautpaar Blumen streuen, wären der Braut wie aus dem Gesicht geschnitten. Der Geistliche stecht den beiden Brautleuten je einen Ring an und fragt sie, ob sie heiraten wollen, denn an ihren freudstrahlenden Gesichtern kann es niemand vorbeifahren. Sie sagen natürlich ja, weil es so Sitte ist und es sonst dem Geistlichen peinlich sein würde. Der Geistliche segnet sie; von diesem Augenblick an sind sie glücklich für ihr ganzes Leben. Dann fängt die Orgel zu spielen an, und der Kirchenschor singt. Deshalb verläßt das Brautpaar die Kirche und fährt nach Hause. Dort sind Leute versammelt, die sich alle auf das Essen freuen. Während des Essens werden viel Reden gehalten, weil man da am Schluß immer „Profit“ sagen kann. Der Brautvater zählt in aller Stille die leeren Weingläser nach und gibt Weisung in die Küche, man solle sich breiten. Währenddessen fragen Kinder Gedichte vor, die sich auf Liebe und Storch reimen müssen, weil sonst die Gäste nicht lachen und für die Braut keine Gelegenheiten gegeben ist, sonst zu erröten, was jeder noch einmal sehen möchte.

Auch ein von Dinkel Artur und Tante Emma verfasstes Tafelbuch wird gelungen, auf die Melodie „Ströme herbei, ihr Väterknechte“. Das Brautpaar hat die Verpflichtung, dabei fortgesetzt zu lachen, worüber Dinkel Artur und Tante Emma sehr erfreut sind und sich aus Dankbarkeit zum baldigen Besuch anmelden. Die Mutter der Braut meint plötzlich: Sie gibt auf Befragen an: weil sie sich so bald von ihrer Tochter trennen muß. Better Emil, der beim Wohnungsamt ist, weiß sie zum Erstaunen aller mit ein paar sachlichen Hinweisen zu trösten.

Pünktlich ist das Brautpaar verschwunden. Ein Eingeweihler erklärt: sie lassen beide nochmal grüßen und hätten mit dem Nachzuge ihre Hochzeitsreise nach den bayerischen Alpen angetreten. Allgemeines verständnisvolles Nicken. In der Tat ist das glückliche Paar im Nachzuge nach München. Der besorgte Bräutigam denkt an die ermahnenden Worte des Geistlichen. Er kann unmöglich zugeben, daß Erchen nach den Aufregungen des Tages die weite Reise macht. Deshalb steigt man auf der nächsten Haltestation aus. Erchen ist glücklich über das Zartgefühl ihres Mannes und hat, natürlich keines Wortes mächtig, nur einen ebenso stummen wie liebevollen Augenwinkler übrig.

Am nächsten Tage hört man den Brautvater toben: Es sei eine Gemeinheit: kein Brocken Fleisch ist mehr da, überhaupt, für die lumpigen Hochzeitsgäste hätte Bier vollkommen genügt; zwei Flaschen „Bierfrauenmilch“, die er verborgen gehalten, hätte dieser Kerl von einem Brautdiener ausgetrunken. Es hätte genügt, wenn im Kirchenschor statt zehn Mann nur vier gelungen hätten und es hätte ebenso genügt, statt Axteln Bergheimelnd zu streuen. Dazu kam noch, daß Dinkel Artur aus Freude über das gelungene Tafelbuch sich in später Stunde die kostbare Bismarckterrine auf den Kopf setzte. Sie mußte natürlich auf seiner Glorje ausruhen und zum Teufel gehen. Obendrein habe er am nächsten Morgen eben erklärt, er sei bereit, aus Neuz über das Mißgeschick, seinen Besuch vierzehn Tage länger auszudehnen, als beabsichtigt war.

Und Erchen fand es abermals ganz entzückend von ihrem Mann, als er erklärte, in Rücksicht auf ihre Gesundheit die Weiterfahrt nach Oberbayern um einen weiteren Tag zu verschieben.

Strafantrag eines Wehrministeriums.

Eine nicht unwahrscheinliche Begebenheit.

Das war wieder einmal ein gesundes Pressen für die Herren Offiziere im Wehrministerium. In einer der sozialistischen Zeitungen, die man jeden Tag mit Eifer auf antöchtige Aufsätze über die Wehrmacht durchsieht, vor allem jetzt um die Weihnachtszeit, wo zahlreiche Artikel wider das Soldatenenspiel erschienen — in einem dieser roten Blätter also hatte man endlich wieder einmal einen bedeutenerregenden, das Soldatenamt beleidigenden Beitrag aufgefunden. Zwar eine direkte Beleidigung des Heeres, seiner Offiziere und Mannschaften, war in ihm nicht ausgesprochen, aber das war ja nicht nötig. Sie würde herausgeholt werden. Darin hatte man Kauline, wie der im vorigen Sommer aussehenerregende Beleidigungsprozess gegen eine sozialdemokratische Provinzzeitung zur Genüge bewiesen hatte.

Auch der Leiter des Ressorts für Beleidigungsangelegenheiten, einer der meistbeschäftigten Offiziere des Ministeriums, schnarrte voll Genugtuung, als ihm der antöchtige Beitrag vorgelesen wurde.

„Diese Sauterls, diese Sauterls! Aber wir werden sie schon kriegen!“

Er las den auf weißem Bogen sauber aufgeschriebenen und schon mit Aktennummer versehenen kurzen Zeitungsabschnitt ein zweites Mal und jetzt laut:

Soldatenpiel ist Mordspiel!

Aus dem Brief einer deutschen Mutter an ihren Sohn.

Mein Sohn! Alles was ich dir zu gefallen tun kann, geschieht gern und macht mir selbst Freude — aber eine solche in-

jame Mordmaschine zu kaufen — das thue ich um keinen Preis — wäre ich Obrigkeit die Berufstätigen hätten an Halsseilen gemüht — und die Maschine hätte ich durch den Schinder öffentlich verbrennen lassen — was! die Jugend mit so was abheuliches spielen zu lassen — ihnen Mord und Blutvergießen als einen Zeitvertreib in die Hände geben — nein da wird nichts draus.

„Ahn — eine sonderbare Schreiberlei, aber geschickt haben sie es gemacht, die Kerls — was?“

Der berichtlerattende Offizier bestätigte.

„Ja, wirklich schau, in diesem Stil, so ohne direkte Bezugnahme auf uns, und auch sonst so intim persönlich gehalten. Doch, wie gesagt, eine wunderliche Schreiberlei, sehen sie bloß die Orthographie! Doch man sollte was druck!“

Aber lassen wir das. Den Tatbestand der Beleidigung werden wir schon herauszufinden wissen. Nicht? Durchdenken Sie es einmal und machen Sie dann gleich die Mageschrift fertig. Auch eine kurze Notiz können Sie schreiben, ich meine für die Presse. Sie wissen schon an welche. Die demokratische Presse lassen wir!“

Wie es angeordnet war, so geschah es. Der Tatbestand der Beleidigung wurde gefunden. Wenige Tage vergingen, und in den Blättern der Rechten erschien eine kommentierte Notiz des Inhalts, daß vom Wehrministerium gegen die sozialdemokratische Zeitung von 2. ein Prozeß wegen Beleidigung des Heeres angedreht worden sei. Die Bemerkungen der Zeitung waren die üblichen. Die Verunglimpfung der Soldaten durch die sozialistische Presse sei bald nicht mehr ertragbar. Gerade jetzt zur Weihnachtszeit werde vor Kindern das ehrliche Handwerk und die vaterländische Pflicht des Soldaten in jeder Form und Tonart herabgemindert und verunglimpft. Einige Zeitungen begrüßten das entschiedene Vorgehen des Wehrministeriums ganz besonders.

Im Ministerium selbst erweckte dieser Widerhall große Freude, und die Presseorgane spürten mit noch gesteigertem Eifer durch den sozialistischen Witterwahn, in der Hoffnung, neues Bild zu stellen.

Dieser Eifer wurde jäh gestoppt, als man in den nächsten Tagen den gelandeten und zum Staatsanwalt gesandten Beitrag in großer Aufmerksamkeit gedruckt und stark umrahmt und diesmal sogar gezeichnet, in fast jedem Blatt der sozialistischen Presse und sogar in zahlreichen linksbürgerlichen Blättern abgedruckt fand.

Eine Ahnung dümmerte in den Köpfen der eben noch so frühlich sicheren Jäger, daß man eine Dummheit geschehen haben müsse.

„Frau Ja? — Wissen Sie, wer Frau Ja ist?“ fragte man sich gegenseitig, denn mit diesem Namen war der berüchtigte Beitrag gezeichnet.

Man mußte es nicht. Auch im Verzeichnis heimlich zu überwachender sozialistischer Schriftsteller fand man den Namen nicht, von dem man annahm, daß er ein Pseudonym sei. Doch die Aufklärung ließ nicht mehr lange auf sich warten. Ein Schreiben der Staatsanwaltschaft traf ein. Der Klage könne nicht stattgegeben werden, Frau Ja sei Frau Goethe, die Mutter des großen deutschen Dichters. Der Beitrag sei einem Briefe Frau Jias an ihren Sohn entnommen.

Der vorgelesene Offizier war wütend.

„Diese verfluchten Klaffler! Und obendrein auch noch diese ganz persönlichen Familienbriefe!“

Schon in den nächsten Tagen aber vermehrte sich die Dienstbibliothek des Wehrministeriums durch den Ankauf sämtlicher deutscher Klaffler. Ein junger, der Postse besessener Offizier wurde beauftragt, die Bücher gründlich durchzulesen und alle bedenklichen Stellen herauszuschreiben.

„Sich doch unglücklich, was man damals alles schreiben durfte!“ Berärgerl murmelte es der die Orde ausübende Beleidigungs-offizier vor sich hin. Karl Ulrich.

Die Franken des Sphing.

Von Erich Gottgetreu.

Kairo, im Dezember.

„Alles in allem ist uns das Leben im Viktorja teuer gekommen als im Mensa-house“, sagte mit Stolz, Robanparis in den allerfeinsten der Hotels zu haben, und mit lautem Stimmenschwall die etwas dickliche Dame, die sich gestern nachmittags vor mir die Pyramidenstraße von Ghiz hinausschaltete — der Rundblick des Körpers und des Diabets nach waren den Beinen der Dame Prater und Ringstraße geläufiger.

Alles in allem kommt es also immer auf dasselbe hinaus: so oft man hier im Runde der Araber Madsa Roman hört, so häufig fängt bei den Weibern das frasse Money, Monnaie, Geld; ihren Badischsch erzwinseln sich die Islamien indessen außerdem.

Alles in allem hat sich demnach nichts geändert seit dem Tanz ums goldene Kalb bis auf unsere Tage, in denen am Fuße des Sphing Charleston getanz wird; und wenn der feinerne König mit dem Löwenkörper noch immer einen gewaltigen Eindruck auf uns macht, dann ist das eben, weil die auf seinem tausendjährigen Gesichte zu lesende Frage: „Was soll das alles?“ heute nicht weniger aktuell ist als in den Tagen, in denen sie gestellt, gemeißelt wurde.

Der Ewigkeitszug in jedem Kunstwert hat als Anlauf das ewig Unveränderliche alles großen Gefühls — daß das, was wir tun, sehr oft, eigentlich immer, nur den Sekundenzug hat, soll hier nicht beklagt werden, das wäre fürchtbar billig und banal, nur daß auch das ihn hat, was diesem Sphing immer aufs neue angetan wird —

Es ist, als ob die Menschen Angst gehabt hätten vor dieser Praxiomatik des jüngsten Gerichts, die sich drohend vor als Kopf aus dem Sande erbob: die Kameleuten benutzen sie als Schießscheibe, denn „Mut hat auch der Kameel“, andere schaufelten und hielten den Wüstenland weg, den die Natur anwehte. Und Meier-Gräbe, der Kunstschriftsteller, der deswegen um Hilfe schrie, hat voriges Jahr noch das Gerüst gekehrt, das sich um das Haupt des Sphing drohend fingerte. Jetzt ist das Gerüst herunter, und mit ihm liegt das Gerüst am Boden, daß es sich nur um ganz unwesentliche „Restaurierungen“ handle — sie haben die besorgten Kunstherode ganz ordentlich an, den Giganten ganz gründlich ausgeglichen: mit Zement. Zement steht auf dem Schädel, Zement steht in der Nöhne. Zement steht an Hals. Gefamtelndruck von hinten: Frauenkopf mit Autohaube. Verantwortlich für diese Zementlast, die aus technischen Gründen nicht nötig gewesen wäre, sind — nicht einem Kulturreform untersteht die Sorge für die Erhaltung des Sphing, vielmehr dem Ministerium für öffentliche Bauten! — verantwortlich sind wohl weniger die Kgypter selbst als der französische Generaldirektor der ägyptischen Altertumspflege. Auch originell, daß der dem Sphing vorgelegte Generaldirektor immer ein Franzose sein wird, das ist so in einem sonst rein politischen (?) Vertrag festgelegt. Vor diesem General-

Handel mit Menschenfleisch.

Ein Pferd kostet 70 Gulden, ein Soldat bloß 30 Gulden.

Die deutschen Quadezfürsten des 18., auch noch des 19. Jahrhunderts trieben bekanntlich einen schaumvollen Handel mit ihren Landestindern, die sie als Kanonengutter an fremde Länder veräußerten. So stammte z. B. das große, von dem Stammesherrn der Dynastie Rothschöld verwaltete Vermögen des Kurfürsten von Hessen-Kassel aus solchen Geschäften. Doch nicht bloß die Reinen füllten auf diese Weise ihre Kassen, wenn auch die angespannteste Steuerherrschaft aus den „getreuen Untertanen“ nichts mehr herauszupressen vermochte, die Großen machten es nicht besser. Preuhens Friedrich III. (L.) erkaufte sich seinen Königstitel bekanntlich durch Lieferung brandenburgischer Truppen an den Kaiser, für den sie irgendwo auf dem Balkan verbluteten. Und selbst des Heiligen römischen Reiches deutscher Nation Oberhaupt, der Kaiser selber, so Habsburger Karl VI., kam sich nicht zu erheben vor für den schmutzigen Handel mit weißem Menschenfleisch. Im Jahre 1730 brach auf Korsika ein Aufstand aus gegen die Herrschaft der Genueser, welche die Insel als ihre Kolonie betrachteten und die Bevölkerung schwer bedrückten und ausbeuteten. Die Rebellen waren überall siegreich, Genoa fürchtete, Korsika ganz zu verlieren, was in der Folge auch geschah, und es wandte sich an Karl VI. mit der Bitte um militärische Beihilfe — gegen Bezahlung natürlich. Der Kaiser kam dem Wunsch nach und als dann 1732 wieder Friede geschlossen wurde, präsentierte er seine Rechnung. Den „Abgang“ an Truppen wußten ihm die Genueser durch Geld zu ersetzen. Seine Majestät forderte für jeden toten Infanteristen — ihre Zahl ging über tausend — 34 Gulden, für einen Dragoner 53 Gulden, für einen Husaren jedoch bloß 30 Gulden. Menschenfleisch wurde hier nur der Wert der Equipierung, der Ausstattung, berechnet, Menschenleben waren für Kaiser und Könige, soweit es sich nicht um ihr eigenes handelte, so immer wohlfeil wie Birnen. Die Lere hingegen besahen einen Eigenwert, und so darf es uns nicht wundern, daß ein gefoltes Dragonerpfers weit höher als ein Soldat, nämlich mit 70 Gulden berechnet wurde. Natürlich mußte auch für die Lebenden gezahlt werden, so daß die Schuld der Genueser bei Karl VI. sich auf weit über eine Million Lire belieferte.

Man begreift, erfährt man solches, wie die großen Barvermögen der Fürsten entstanden sind. Zwar der einzelne Mann brachte nicht viel, aber die Masse tat es. Der Vorenvortat war so groß und ergänzte sich immer wieder von selbst. Die Urrentel jener Männer aber, die weniger galten als ein Gaul, hatten heute schließend die Hände über den Kopf gebunden, für den ihre Vorfahren Glück, Gesundheit und Leben hingeben mußten, und sie beweißen damit, daß sie noch viel weniger wert sind als ein Husar Karls VI., nämlich keinen Pfifferling. R. R.

Ein sibirisches Meteor. Wie ein Mitglied der in die Tungusische Landra entsandten Expedition zu Nachforschungen nach dem vor einiger Zeit niedergegangenen riesigen Meteoriten der „Waldschicht“ der Gesellschaft für kulturelle Verbindung der Sowjetunion mit dem Ausland“ mitteilte, hatte der Meteorit einen so gewaltigen Umfang, daß durch den bei keinem Niederfallen erzeugten Luftwirbel mehrere laufend Quadratkilometer Wald zertrümmert, und der mittlere Teil dieser Fläche in Brand gesetzt wurde. Der Meteorit ist sozusagen in einem Regen von gewaltigen Stücken niedergegangen, die einen Trichter von über 10 Quadratkilometer betraf haben. Die einzelnen Trichter haben einen Durchmesser bis zu 50 Meter bei einer Tiefe von 2 bis 3 Meter. Die Explosion gelangte bis zum Mittelpunkt des Hüllortes und machte auf ihrem ganzen Wege eine Anzahl photographischer Aufnahmen, konnte jedoch in dem unbewohnten Gebiete wegen der Gefahr des Verhungerns an Ausgrabungen nicht denken.

direktor, den man sonst als Philologen rühmt, sollte man jetzt also wenigstens die Cheopspyramide hüten. Jemand hat ausgerechnet, daß aus ihrer Steinmasse eine zwei Meter hohe Mauer rund um Frankreich gebaut werden könnte. Vielleicht will der Herr Generaldirektor diese Mauer eines Tages bauen?

Eisenhütern für kleine Kippwagen sind dem Rästelwesen last bis in den Unterleib vorgestoßen: hier können Archäologen Freilegungsübungen machen. Und sie machen sie immer von neuem, sicher ist ihnen das sehr interessant. Die Franken des Löwenkönigs liegen nun vollkommen an der Luft. Könnte man den richtigen Standpunkt gewinnen, wäre das etwas Ungeheures. Aber der Standpunkt fehlt, und nur die Kenntnis der Waise verhofft noch nicht Wirkung. Man sieht jetzt sehr hoch oben, sieht auf das Gewaltige herab, denkt fatalerweise „Sphingchen in der Grube“, ringsum stellt sich der Sandfelsen, auf dem in fast gleicher Höhe mit dem Zementmännchen des Sphing die Autos der Engländer und Amerikaner ausgerichtet warten. Natürlich gibt es auch ein Drahtgitter, auf den arabischen Tafeln könnte stehen: „Weitergehen verboten — hier wird gebuddelt!“. Und dabei ist man doch nicht in Berlin.

Ist ja gar nicht alles so entsetzlich wichtig zu Zeiten einer wahren Weltrevolution, in der wir zu leben scheinen. Bloß wieder mal so hübsch handbolsch. Früher bildete der Sphing nur fragend über den Nil in die Welt hinaus, jetzt zeigt er die Franken, es sind die Franken des Orients, einmal wird er diese Franken heben, wird er loschlagen gegen das Abendland, das ihm das alles gebracht hat: Mensa-house, Tanz, Telefons, Technik —

Mit durch abendländische Schuld wurden diese Franken freigelegt. Mit durch abendländische, aber wohl notwendige Schuld werden hier die Wassen geschmiedet, die man eines Tages gegen das Abendland erheben wird. Costin Koff spricht in seinem letzten schönen Reisebuch vom erwachenden Afrika und denkt an die erwachende Sphing, wobei er zwischen beiden eine Identität der Formen sieht. Natürlich ist sie zufällig, aber sie ist da. Dachte Koff auch an die Franken?

Möglichlicherweise kommt der große Kampf erst in Jahrhunderten zum Ausbruch, alles im Orient braucht seine Zeit. Aber wenn die Schlacht um die Welt sich ausgebrochen hat, wird notwendig noch der Konflikt des Geistes ausgetragen werden müssen — dieser Konflikt, der jetzt schon in der Luft liegt, die geatmet zu haben dem Menschen des 20. Jahrhunderts nur gesund und lebensam sein kann: er wird wieder mal klein. . . .

Schließlich behält auch im Kummel, im „Freigelegten“ und verdrängten, das Antlitz der großen Dinge den Ewigkeitszug, der Sphing an Fuße der Cheopspyramide sein großes Geheimnis. . . .

